

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Bundes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 38.

Sonntag, den 18. September.

1910.

Die Arbeitslosigkeit.

Kein vernünftiger Mensch wird heute noch bestreiten, daß die Arbeitslosigkeit, die in der bürgerlichen Gesellschaft je nach dem Stande der Produktion mehr oder minder stark auftritt, eine unabwendbare Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsmethode ist. Diese Tatsache ist Gemeingut der sozialistisch denkenden Arbeiter der ganzen Welt geworden. Und da die Arbeiter allein die ganze Schwere des Elends der Arbeitslosigkeit zu erdulden haben, so ist es erklärlich, daß sie alles tun, um das Grausen ihrer Ueberlieferung an das Hungertuch von sich abzuwenden.

Unverschuldet an diesem Zustande, möchten sie das Uebel mit der Wurzel ausreißen, stoßen dabei aber auf den Widerstand der herrschenden Klassen, die mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht die kapitalistische Wirtschaft verteidigen. Die Macht der besitzenden und herrschenden Klassen fließt aber nur aus der Unwissenheit großer Arbeitermassen, die ihren eigenen Peinigern zur Befestigung ihrer Macht noch Beihilfe leisten. Nur mit Hilfe der Gesetzgebung kann die kapitalistische Ausbeutung noch bestehen — und da gehen Arbeiter hin und wählen ihre eigenen Ausbeuter oder deren Vertreter! Das kann nur aus Unwissenheit geschehen, denn kein Wissender überliefert sich so dem — Schinder.

Den wissenden Arbeitern bleibt demnach als erste Aufgabe, ihre unwissenden Mitarbeiter über den Sachverhalt aufzuklären, damit diese endlich mit den wissenden Arbeitern gemeinsam an die Abschüttelung des Joches herangehen und den herrschenden Klassen, die ohne die Arbeiter in der Minderheit bleiben, die Rinne der Gesetzgebung aus der Hand zu reißen. Solange das letztere jedoch noch nicht möglich ist, müssen die wissenden, d. h. die sozialistisch denkenden, organisierten Arbeiter, alles versuchen, die Last der kapitalistischen Ausbeutung zu mindern, deren gräßlichste Auswüchse zu beschneiden.

Dieses Bestreben geht über alle staatlichen Grenzen hinaus, denn die kapitalistische Wirtschaft wuchert in allen modernen Staaten und treibt die Arbeiter dieser Staaten zu gemeinsamem Handeln. Auf dem Internationalen Kongreß zu Kopenhagen kam dieses gemeinsame Handeln in der einmütig gefaßten Resolution über die Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Die prinzipielle Auffassung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit steht in dem ersten knappen, aber deutlichen Satze der Resolution voran. Dann folgen eine Reihe von Forderungen zur Minderung der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung ihrer Folgen. Je nach dem Stande der parlamentarischen Verhältnisse oder der Macht der gewerkschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern werden sich diese Forderungen verwirklichen lassen.

Es könnte als ein Widerspruch erscheinen, wenn man die Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaft, die in den Parlamenten leider noch die Mehrheit haben, veranlassen will, der Arbeiterausbeutung Grenzen zu stecken oder gesetzliche Einrichtungen zu treffen, die die Freiheit der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt beschränken. In des, die fortschreitende Aufklärung unter den Arbeitern erhöht den Unwillen über die traurigen Folgen der Ausbeutung und rebelliert auch die Elemente, die sonst stumpfsinnig vieles über sich ergehen lassen. Da fühlen sich die Herrschenden und Ausbeutenden gezwungen, Konzessionen zu machen, die eine kleine Verringerung des Elends für die Arbeiter bringen. Um diese Konzessionen muß jedoch erst heftig gekämpft werden — ein Beweis für die Zähigkeit und Hartnäckigkeit der Ausbeuter.

Weil nun die Parlamente der Einzelstaaten die Pflicht der Arbeitslosenfürsorge meist ablehnen — nur in einigen Staaten hat man sich zu gesetzlichen Hilfsmaßnahmen, die aber auch minimaler Natur sind, aufgeschwungen — so ist man darauf verfallen, in großen Gemeinden mit bedeutenden industriellen Unternehmungen kommunale Hilfsaktionen für Arbeitslose vorzunehmen. Andererseits suchen sich die Arbeiter durch Selbsthilfe in ihren gewerkschaftlichen Organisationen, wo sie Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen trafen, gegen die schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Das alles ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Erstens versichern sich leider noch nicht alle Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen, zweitens aber wächst die Gefahr der Arbeitslosigkeit mit der schnellen technischen Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit wächst das Elend nicht nur der direkt Betroffenen, sondern es werden durch das überhandnehmende Angebot der Arbeitskräfte auch die Arbeitenden in ihrer Existenz bedroht und so rebelliert die Arbeitslosigkeit die Arbeitermassen insgesamt.

Besorgnisse erweckt dieser Gang der Dinge auch bei manchem bürgerlichen Politiker. Im Verein mit bürgerlichen Philantropen versuchen sie daher ebenfalls Hilfsaktionen einzuleiten, um die wachsende Mißstimmung unter den Arbeitern zu dämpfen. So findet zu dem Zweck in der Zeit vom 18. bis 21. September d. J. in Paris ein internationaler Kongreß über die Ar-

beitslosenfürsorge statt. Was dieser leisten wird, darüber werden wir unsern Lesern speziell berichten.

Für die Arbeiter aber gilt es, die Forderungen der Arbeiter-Internationale gegen das Uebel der Arbeitslosigkeit zum Durchbruch zu bringen, soweit sie für den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft gestellt sind.

Darüber hinaus geht jedoch das Endziel der Arbeiter, nämlich die vollständige Beseitigung der Ursachen des Übels, das ist das System der kapitalistischen Produktionsweise.

Die deutsche Zigarettenindustrie.

(Aus dem Bericht des Kollegen Schmidt, Dresden, an den internationalen Tabakarbeiter-Kongreß zu Kopenhagen.)

Die deutsche Zigarettenindustrie ist noch sehr jung. Im Jahre 1862 wurde in Dresden die erste deutsche Zigarettenfabrik gegründet. 25 Jahre später, im Jahre 1887, bestanden in Deutschland bereits 58 Betriebe, die zusammen 1698 Personen beschäftigten. Seit dieser Zeit hat sich die Zigarettenindustrie mit Riesenschritten vorwärts entwickelt.

Im Jahre 1900 bestanden 169 Betriebe mit 5285 Arbeitern
 " " 1907 " 363 " 11830 "

Diese Zahlen sind den Ausweisen der Tabakberufsgenossenschaft entnommen, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen können und besonders alle Betriebe, die ohne fremde Arbeitskräfte arbeiten, nicht mitzählen. Nach der genaueren Statistik der Steuerbehörden bestanden im Jahre 1908 im deutschen Zollgebiet, einschließlich Luxemburg:

482 Betriebe ohne fremde Arbeiter (Alleinbetriebe)
 437 " mit weniger als 5 Arbeitern
 280 " mehr als 5 Arbeitern

Zus. 1199 angemeldete Betriebe
 Von den 280 Betrieben mit mehr als 5 Arbeitern waren nach Größenklassen geordnet:

157 Betriebe mit 5 bis	12 Arbeitern
84 " " 12	60 "
15 " " 60	125 "
12 " " 125	200 "
5 " " 200	400 "
4 " " 400	600 "
3 " " mehr als 1000	" "

Die letzteren drei Betriebe befinden sich sämtlich in Dresden. (Es sind die Zigarettenfabriken Denidze, Edelstein u. Söhne und G. A. Jasmahj.)

In gleichem Tempo wie die Zahl der Betriebe stieg auch die gesamte Zigarettenproduktion Deutschlands.

Nach den Berichten der Tabakquetekommission wurden im Jahre 1877 in Deutschland 187 650 000 Stück Zigaretten hergestellt.

Im Jahre 1908 betrug die deutsche Zigarettenproduktion 5 694 491 000 Stück. Davon waren 43 Prozent in der Preislage bis zu 1 1/2 Pfg. pro Stück und weitere 31 Prozent in der Preislage von 1 1/2 bis 2 1/2 Pfg. pro Stück, also unter der Gesamtproduktion waren 74 Prozent billige Zigaretten, die vorwiegend in Arbeiterkreisen ihren Absatz finden. Die jährliche Zigarettenproduktion Deutschlands hat gegenwärtig einen Faktorenwert von etwa 80 Mill. Mark. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Fabrikarbeiter ist gegenwärtig auf 13 bis 14 000 anzunehmen. Darunter sind etwa 8000 eigentliche Facharbeiter, also Zigarettenhandarbeiter. Die übrigen sind die Hilfsarbeiter bei der Tabakzubereitung, sowie beim Verpacken, Versteuern und Expedieren der Zigaretten tätig. In einer Anzahl der größeren Betriebe werden auch die Kartonnagen für die Zigaretten hergestellt und damit eine erhebliche Anzahl von Arbeitern beschäftigt. Als Maschinenführer an Zigaretten- und Hülsenmaschinen werden ferner eine fortgesetzt steigende Anzahl von Schlossern und Mechanikern beschäftigt.

Zu diesem Arbeiterstamm kommt ferner eine stark wechselnde Zahl von Heimarbeitern, die hauptsächlich als Zigarettenhandarbeiter tätig sind.

Die Hauptproduktionsstätten sind Dresden und Berlin sowie der ganze Osten Deutschlands mit den Hauptorten Breslau, Posen, Danzig und Königsberg. Die genannten Produktionsstätten sind mit ungefähr 80 Prozent an der Gesamtproduktion Deutschlands beteiligt.

Allein die Zigarettenproduktion in Dresden betrug im Steuerjahr 1907/08 der Menge nach 52 1/2 Prozent und dem Werte nach 49 1/2 Prozent der gesamten deutschen Produktion. Die Zahl der Fabrikarbeiter in Dresden betrug im selben Jahre ungefähr 5300 Personen.

Nächst Dresden ist Berlin der größte Produktionsort. Hier wurden 1908 etwa 2000 Personen beschäftigt.

Im Osten Deutschlands werden auch die niedrigsten Löhne bezahlt. Der Lohn für ein Tausend Zigaretten schwankt zwischen 1.60 Mk. im Osten bis 2.75 Mk. und variiert 3 Mk. im Westen Deutschlands. In Dresden beträgt der Lohn 2.30 Mk. Diese Sätze beziehen sich auf Fabrikarbeit. Für Heimarbeit werden noch weit geringere Löhne gezahlt. Die höheren Löhne im Westen erklären sich dadurch, daß dort die Industrie noch jung ist und hauptsächlich mit fremden Arbeitskräften rechnen muß, die durch höhere Löhne herangezogen werden müssen. An Ber-

suchen, auch dort die Löhne zu drücken, wenn ein Stamm einheimischer und vorwiegend weiblicher Arbeitskräfte herangebildet war, hat es bisher nicht gefehlt, doch wurden diese Versuche zumeist durch die Organisation abgewehrt.

Die überwiegende Mehrzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter ist weiblichen Geschlechts. Einerseits hält der geringe Lohn und Verdienst die männlichen Arbeiter davon ab, sich in größerer Masse der Industrie zuzuwenden, andererseits bevorzugen die Fabrikanten ganz allgemein die weibliche Arbeitskraft, weil diese billiger und williger ist.

Zur Ausbildung als Zigarettenarbeiterin ist eine verhältnismäßig kurze Lehrzeit erforderlich. Die wenigen Handgriffe sind schnell und leicht zu erlernen. Die Fabrikanten zwingen den Arbeitern aber vielfach halbjährliche und länger laufende Lehrverträge auf, um den Vorteil zu haben, den Arbeitern während dieser Zeit einen geringeren Lehrlingslohn zahlen zu können. In den meisten Fällen müssen die Arbeiterinnen noch ein Lehrgeld zahlen. Man verspricht gewöhnlich, dieses Lehrgeld nach zwei Jahren zurückzahlen, um die Arbeiterinnen für so lange Zeit an den Betrieb zu fesseln. Ein gesetzlicher Anspruch auf Rückzahlung des Lehrgeldes wird aber nicht gewährt. Der Durchschnittsverdienst ist in der Zigarettenindustrie um ein geringes höher wie in der gesamten Tabakindustrie. Im Jahre 1907 entfiel auf die Zigarettenindustrie ein Durchschnittsverdienst von 709 Mk. gegenüber einem Durchschnittsverdienst von 603 Mk. in der gesamten Tabakindustrie. Dabei ist aber zu beachten, daß die Löhne der Tabakfabriken, Maschinenführer, Papierschneider usw., die zumeist als Meister angesehen werden und bis 50 Mk. und mehr pro Woche verdienen, den Durchschnittsverdienst stark beeinflussen und erhöhen.

So betrug der durchschnittliche Jahresverdienst im Jahre 1907 in Betrieben ohne Motoren, also in Kleinbetrieben, wo die leistungsfähigsten Arbeiterkategorien fast vollständig fehlen, nur 583 Mk. und blieb damit noch wesentlich hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurück.

Nach einer, freilich nur einen Teil der organisierten Arbeiter umfassenden Erhebung aus dem Jahre 1909 erzielte eine Zigarettenarbeiterin pro Woche:

in Breslau einen Durchschnittsverdienst von 8.50 Mk.
" Dresden " " " 11.94 "
" Berlin " " " 15.43 "
" Hamburg " " " 18.60 "

Zu bemerken ist dazu, daß in Hamburg nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von Zigarettenarbeitern beschäftigt ist.

Die Verdienste der weiblichen Hilfsarbeiter, wie Zigarettenpacker, Banderolierer, Tabakfortierer und Maschinenarbeiter sind noch wesentlich geringer. Diese Löhne bedingen schlechte Ernährungsverhältnisse und daraus resultierend, eine Krankheitsziffer, die überall ganz erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt steht. Die ungesunden Verhältnisse sind vielfach auch in allzu großer Ausnutzung des Raumes in den Fabriken begründet. Da für die Zigarettenindustrie keine bundesrätlichen Bestimmungen, wie für die Zigarrenindustrie bestehen, ist den Fabrikanten nach dieser Richtung ein viel zu großer Spielraum gelassen.

Auch die Vertrufung hat in der Zigarettenindustrie bereits Fuß gefaßt. Im Jahre 1901 erwarb der amerikanische Tabaktruff die Zigarettenfabrik G. A. Jasmahj in Dresden für ein Kapital von 1 1/2 Mill. Mark. Etwas später wurden auch die Betriebe der Zigarettenfabrik J. o. e. t. i. in Dresden und Berlin durch den Truff erworben. Im Jahre 1903 wurde das Aktienkapital auf 5 Mill. Mark erhöht.

Die enorme Steigerung der Dividende, die der Truff zahlte, gibt ein Bild von den Riesengewinnen in der Zigarettenindustrie. So zahlte die Firma G. A. Jasmahj im Jahre:

1905 eine Dividende von 6 Prozent
1906 " " " 7 "
1907 " " " 17 "
1908 " " " 22 "
1909 " " " 25 "

Eine derartige Rentabilität läßt darauf schließen, daß die Gewinne in den übrigen Zigarettenfabriken ähnliche sind. Die Fabrikanten wären also sehr wohl in der Lage, höhere Löhne zu zahlen.

Durch Gesetz vom 3. Juli 1906 wurden die Zigaretten mit einer Banderolsteuer belastet, die am 15. Juli 1909 nochmal erhöht wurde.

Gegenwärtig beträgt die Steuer für 1000 Zigaretten im Kleinverkaufspreise:

Bis 1 1/2 Pfg.	2.— Mk.
von 1 1/2 bis 2 1/2 Pfg.	3.— "
" 2 1/2 " 3 1/2 "	4.50 "
" 3 1/2 " 5 "	6.50 "
" 5 " 7 "	9.50 "
über 7 Pfg.	15.— "

Zur Selbstanfertigung von Zigaretten bestimmter Tabak und Hülsen wurden ebenfalls mit einer Steuer belastet, die dahin wirkte, die Selbstanfertigung in größerem Maßstabe als bisher zu verhindern.

Die Zigarettensteuer hat den Konsum wenig beeinflusst. Als Konsumsteuer geplant, ist sie nahezu ganz zu einer Fabriksteuer geworden. Der Kleinverkaufspreis der Zigaretten wurde, abgesehen von einigen wenigen, beim Publikum beliebt und mit einer riesigen, reiklame eingeführten Marken, nicht erhöht. Auch die Händler waren wenig bereit, höhere Preise für die Fabrikate zu zahlen.

Die Fabrikanten haben es aber verstanden, auf dem Wege der Produktionsverbilligung die Steuerlast, die zu tragen sie sich erst freiwillig erboten hatten, wieder hereinzuholen.

Das Mittel dazu bot die immer weiter ausgedehnte und jetzt noch fortgesetzt steigende Verwendung der Maschinenarbeit. An Stelle der bisher üblichen Handarbeit wurde für die billigen Sorten, bis zur Zweifelpennig-Zigarette, die wie schon gesagt über 70 Prozent der Gesamtproduktion ausmachen, fast überall die Maschinenarbeit eingeführt. Unterstützt wurde dieses Bestreben der Fabrikanten in gewissem Sinne durch die Forderung der Arbeiter, die mit der Hand geklebten Hüllsen, welche nach der Fabrikarbeit in der Nacht hergestellt werden mußten, durch Maschinenhüllsen zu ersetzen. Ein Beispiel für die gewaltige Leistung der Maschinen.

Die Firma G. A. Jasmah (Trust) hat in ihrem Dresdener Hauptbetriebe 45 Hüllsenmaschinen mit einer Tagesleistung von 2 1/2 Millionen Hüllsen und 35 Zigarettenmaschinen mit einer Tagesleistung von über 3 Millionen Zigaretten. Bei einer Durchschnittsleistung von 1200 Zigaretten pro Tag wären über 2500 Handarbeiter nötig, um diese Produktion zu bewältigen. Dagegen beschäftigt die Firma im gleichen Betriebe nur ca. 120 Handarbeiter. Dabei besitzt die Firma in Dresden noch einen weiteren Betrieb mit ausgedehnter Maschinenproduktion.

Die Kosten für die lebende Arbeitskraft an der Maschine stellen sich pro 1000 Zigaretten auf ungefähr 10 Pfg. Rechnet man dazu noch die Kosten für Antriebskraft und Amortisation der Maschinen, die mit 50 Pfg. pro 1000 wohl eher zu hoch als zu niedrig bemessen sind, so stellt sich ein Tausend Maschinenzigaretten auf höchstens 60 Pfg.

Gegenüber dem Handarbeitslohn von 1.60 bis 3. Mk. pro 1000 eine enorme Ersparnis. Kleinere Betriebe, denen die Anschaffung von Maschinen nicht möglich ist, oder wegen des geringen Absatzes nicht lohnt, lassen sich ihre Maschinenzigaretten in andern Betrieben in Lohnwert anfertigen. Um auch billige Handarbeit auf den Markt bringen zu können, haben die Unternehmer zur Errichtung von ländlichen Filialen gegriffen. Hier wird meist eine ausgedehnte Lehrlingszucht betrieben, um einen Arbeiterstamm heranzubilden, der mit noch niedrigeren Löhnen als in den Großstädten zufrieden ist. Dieses System scheint recht lohnend zu sein, denn die Dresdner Firma G. A. Jasmah u. Söhne unterhält allein vier solcher ländlichen Filialen. In Dresden besitzt die Firma außerdem noch 5 Betriebe.

Auch die billige Heimarbeit wird in ausgedehntem Maße zur Produktion billiger Handarbeitszigaretten herangezogen. Da in der Heimarbeit in den Großstädten nur Löhne von 1 Mk. bis 1.60 Mk. gezahlt werden, ermöglicht sie immerhin eine bedeutende Ersparnis gegenüber dem Fabrikbetrieb. Um so mehr, als die Kosten für Miete, Beleuchtung und Heizung der Arbeitsräume hier dem Heimarbeiter aufgebürdet werden.

Die Fabrikanten sind deshalb auch eifrig bemüht, die Heimarbeit zu konservieren. Ja, die Dresdner Fabrikanten haben eine gemeinsame Kontrolle der Heimarbeiter eingeführt, die sich ihrer Ansicht nach sehr gut bewährt hat und wohl dazu beitragen soll, die Antipathie des Publikums gegen die Produkte der Heimarbeit zu beseitigen resp. zu bekämpfen und gleichzeitig die Heimarbeiter in noch größere Abhängigkeit zu bringen als es bisher gelungen ist.

Die Selbstkontrolle der Fabrikanten soll vor allem auch dazu dienen, ein Agitationsmittel gegen die gesetzliche Regelung der Heimarbeit abzugeben und ist als solches mehrfach von ihnen ins Feld geführt worden.

Durch diese Entwicklung ist es möglich gewesen, nahezu die ganze Steuerlast auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, so daß der Konsum an Zigaretten fortwährend im Steigen begriffen ist und die Unternehmer rasch wie vor in der Lage sind, ihre Betriebe zu vergrößern und Riesengewinne einzubringen. Die fortgesetzt steigende Verwendung von Maschinen macht dabei eine immer größere Zahl von Zigarettenarbeitern entbehrlich und schiebt sie aus der Produktion aus. Also trotz gewaltig gesteigerter Produktion Arbeitslosigkeit und Elend für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter als Folge der Zigarettenfabrikantensteuer. Wenn diese Entwicklung schließlich auch ohne die Steuer gekommen wäre, so besteht doch kein Zweifel, daß die Zigarettensteuer den Hauptanstoß dazu gab, die Entwicklung der Maschinenproduktion so gewaltig zu beschleunigen und damit die Folgen dieser Entwicklung so verheerend für die Arbeiter zu gestalten.

Für die Regierung freilich „hat sich die Steuer bewährt“, d. h. der Steuerertrag übertrifft die Voranschläge. Eben weil es möglich war, eine Belastung der Konsumenten zu vermeiden, konnte naturgemäß auch ein Konsumrückgang und damit ein Minderertrag der Steuer vermieden werden. Obenein verweigerte man den durch die letzte Steuererhöhung arbeitslos gewordenen Zigarettenarbeitern jede Unterstützung aus dem Biermilliardenfonds.

Die Unternehmer der Zigarettenindustrie sind in einer Zentralorganisation vereinigt, die nahezu sämtliche Großbetriebe umfaßt. Ende 1909 umfaßte der Verband der deutschen Zigarettenindustrie 131 Mitglieder, die zusammen 12 000 Arbeiter beschäftigten. Um so notwendiger ist die fortgesetzte Agitationsarbeit für die Organisation der Arbeiter in der Industrie. Gegenüber einem derartig machtwilligen Unternehmertum lassen sich nur durch den festen Zusammenschluß aller Arbeitskräfte Erfolge erringen.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband hat schon bisher unermüdlich gewirkt, um die Lage der Arbeiter zu bessern, und nur durch den Verband ist es möglich, die bisher erzielten Erfolge zu erringen.

Erschwert wird die Organisationsarbeit aber durch die Tatsache, daß die Arbeiter dem Organisationsgedanken nur schwer zugänglich sind. Wie schon gesagt, beschäftigt die Industrie zumeist weibliche Arbeiter, die an und für sich schwer zu gewinnen sind. Unter den männlichen

Zigarettenarbeitern überwiegen die Ausländer, zumeist Russen und Griechen, die ebenso schwierig zu gewinnen und noch schwieriger in dem Verband zu halten sind. Auch die große Fluktuation in dieser Arbeiterschicht, die schnell bereit ist, oft leider auch durch die Maßnahmen der Polizeibehörden, die sie als lästige Ausländer ausweisen, dazu gezwungen wird, einen Ortswechsel vorzunehmen, erschwert die Stabilisierung des Organisationsverhältnisses ungemein. Trotz alledem werden wir nicht ruhen, sondern eifrig weiter bestrebt sein, auch in der Zigarettenindustrie, die immer mehr an Bedeutung gewinnt, weitere Erfolge zu erringen. Zum Wohle der beschäftigten Arbeiter.

Rundschau.

Folgen der Tabaksteuer. Etwa 200 Arbeitern der Firma Schmidt in Altona, der Filiale in Besensta m p und Umgegend wurde am Dienstag auf telegraphische Anordnung hin die Kündigung ausgesprochen. Das Elend wird in dieser Gegend also noch zunehmen. Auch den Arbeitern der Filiale in G e h l e n b e d, etwa 60 an der Zahl, wurde zum 17. September gekündigt. Auch in S t i f t - Q u e r n h e i m machen sich wiederum die Folgen der neuen Tabaksteuer bemerkbar, indem die Firma C. F. G. Schmidt in Altona ihren Arbeitern kündigte. Es werden ca. 30 Arbeiter arbeitslos und müssen am 17. d. M. die Arbeit einstellen.

Die Firma Gieseler in F i n s t e r w a l d e hat den Betrieb eingestrichelt. 20 Arbeiter sind entlassen worden. Insgesamt werden am Orte zurzeit ca. 150 Arbeiter weniger beschäftigt wie vor der Tabaksteuer.

Aus B l o t h o wird der Süddeutschen Tabakzeitung geschrieben: Arbeitslose Zigarrenarbeiter gibt es hier noch über 60. Das beweist, wie schwer es der Industrie wird, die unheilvollen Folgen der nun schon über ein Jahr bestehenden Tabaksteuererhöhung zu überwinden. Ganz überwinden wird die Tabakindustrie diese Folgen überhaupt nicht, denn es ist statistisch nachgewiesen, daß der Konsum erheblich abgenommen hat. Es wird also noch lange Arbeitslose geben.

Den Tabakarbeiterinnen der Firma Deter in N e u - m a r k t in Schlesien, die jetzt schon mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten müssen, ist eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit angekündigt worden. Sechs Wochen lang soll nur halbe Tage gearbeitet werden.

Bei der Firma Haffelbach u. Co. in R e h m e stehen 125 Arbeiter in Kündigung; desgleichen haben die Arbeiter der Firmen G. W. Schmidt in B o r g h o l z - h a u s e n, F. C. Wiendick in N e u e n f i r c h e n und R i t t e n u. Wöckels in D e y n h a u s e n gekündigt. Zugang nach diesen Firmen ist zu vermeiden.

Die Firma Fießer in G i e ß e n schließt ihre Fabrik vom 17. bis 28. September. In Betracht kommen 80 Personen.

Tabaksteuerwahnsinn. Noch wütet das Elend grauig unter den Tabakarbeitern, die durch die neue Tabaksteuer arbeitslos geworden sind und schon lassen sich wieder Unglücksreden hören, die eine weitere Besteuerung des Tabaks verkünden. Wenn wir jüngst den Schrei nach höherer Besteuerung des Tabaks vernahmen konnten, den die schlesische Zeitung ausließ, so ist das nicht so verwunderlich, denn das Blatt ist ein Moniteur des Schnapsbloss. Jetzt hat aber sogar ein Nationalliberaler dieselbe Forderung propagiert.

Der Vorwärts meldet darüber folgendes:

Der nationalliberale Kandidat für den jetzt vor der Nachwahl stehenden Reichstagswahlkreis Frankfurt a. O. - L e b u s, Dr. W i n t e r, hat wie wir unserem Rotblauer Parteiblatt, der Märkischen Volksstimme, entnehmen, in Versammlungen zu Müllrose und Neuhardenberg ein Geständnis gemacht, das zwar nichts Neues sagt, aber doch sehr bemerkenswert ist wegen des Bestrebens der Nationalliberalen, die ganze Verantwortung für die Reichsfinanzreform dem blauschwarzen Bloß aufzuladen. Herr Dr. Winter hat in diesen Versammlungen gesagt, daß auch er, falls er im Reichstage gesessen hätte, für die Bewilligung der 400 Millionen Mark indirekter Steuern gestimmt hätte! Ja, er sagte weiter, daß er, falls er in Frankfurt-Lebus gewählt würde, auch für neue indirekte Steuern zur Kostendeckung zu haben wäre und daß namentlich Tabak und Bier noch einen Steuerausschlag vertragen könnten. Gewiß, so sagte Winter weiter, ist auch eine Vermögenssteuer möglich, aber indirekte Steuern seien notwendig und er werde jederzeit auch für sie eintreten.

Ob wohl ein Angehöriger der Tabakbranche diesem menschenfreundlichen Kandidaten seine Stimme geben wird? Höher hinaus kann der Steuerwahnsinn kaum noch gehen.

Ein Mittelstandsblatt über den Kampf gegen die Konsumvereine. Die Westdeutsche Mittelstandszeitung vom 27. August enthält einen Artikel, in dem die Stellung der modernen Wissenschaft zur Mittelstandsbewegung dargelegt wird. Darin werden auch folgende Ausführungen gemacht:

Forderungen einzelner Mittelständler an den Staat oder die Gemeinden, die verlangen, Konsumvereine oder Warenhäuser möchten derartig mit Steuern belastet werden, daß ihnen die Fremde am Dasein vergehe, werden in wissenschaftlichen Kreisen schroff zurückgewiesen. Sie sind ebenso unsinnig wie das Verlangen nach Verbot oder Konfessionierung dieser beiden ihnen höchst unangenehmen Konkurrenten. Was hier seitens des Staates gemacht werden kann, ist, Schutz gegen Auswüchse zu gewähren.

Leider vergeht kaum eine Mittelstands-, Handwerker- oder Händlertagung, in der nicht diese „unsinnige“ Forderung erhoben wird. Und aus Gründen des politischen Stimmenfanges machen Leute diesen „Unsinn“ mit, die wissen, daß er unausführbar ist.

Ärzte und Krankenkassen. Auf der dieser Tage in Schereningen stattgehabten internationalen Konferenz für Sozialversicherung wurde ausführlich über den ärztlichen Dienst in der Arbeiterversicherung verhandelt. Die Hauptfrage bildete die sogenannte freie Arztwahl, die bekanntlich die Ärzte des Leipziger Verbandes den Krankenkassen aufzwingen wollen. Infolge des herausfordernden Auftretens einiger Vertreter des Leipziger Ärzteverbandes kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern dieses Verbandes und den Krankenkassenvertretern, und es ergab sich die auffallende Erscheinung, daß bei den Orts- und Betriebskrankenkassen sowohl Arbeiter- wie Arbeitgebervertreter die Aufzwingung der freien Arztwahl entschieden ablehnen. Diese Ansicht wurde unterstützt von deutschen und ausländischen

unparteiischen Sachverständigen, auch von Ärzten. Einige Vertreter deutscher Kassenärzte wendeten sich auch gegen den Leipziger Verband. Der bekannte Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan tat einen kühnen Ausbruch. Er behauptete, daß die Mehrzahl der Ärzte ein Einkommen unter 3000 Mk. habe und fragte: Stellen die Beamten der Krankenkassen und der Landesversicherungsanstalten auch ihre Interessen hinter denen der Versicherten zurück, wie es von den Ärzten verlangt wird? In Amsterdam unterstehen heute 27 Prozent der Bevölkerung der freien Arztwahl. Dem Arzt ist es ganz gleichgültig, ob er einen Millionär oder einen Arbeiter behandelt. (Oho! und Gelächter.) Dieser Widerspruch ist die größte Beleidigung des ärztlichen Standes. (Beifall und erneuter Widerspruch.) Ein italienischer Professor der Medizin hat die deutschen und österreichischen Ärzte, ihre Sonderinteressen nicht über die Interessen der vielen Millionen Versicherten zu stellen. Zum Schluß erklärte einer der Wortführer des Leipziger Verbandes, daß die Ärzte ihre Monopolstellung durch Generalstreik ausnützen würden. Die Krankenkassen müßten ärztliche Behandlung als solche gewähren, die Ärzte seien aber zur Hilfeleistung nicht verpflichtet. Die Krankenkassen wären also in der Hand der koalitierten Ärzte.

Geheimrat Zacher, Direktor im kaiserlichen statistischen Amt, faßte das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß kein Arztssystem gesetzlich festgelegt werden dürfe, daß die Bestimmung des Arztsystems Gegenstand freier Vereinbarung sein müsse.

Unternehmerterrorismus. Wegen Lohnunterschieden haben in dem kleinen Orte F r a n k e n h a u s e n a. A. Roffhändler 450 Perlmutterknopfaber die Arbeit niedergelegt. Der Fabrikantenverein lehnte jede Verhandlung ab und verlangte einfach die Zurückziehung der Forderungen. Die Folge war der Streik. Nach berühmten Mustern haben die Fabrikanten schwarze Listen verfaßt. In seltener Art aber üben sie den Terrorismus aus. Einem kleinen Fabrikanten, der als einziger die Forderungen bewilligt hat, ist nachfolgender Brief zugegangen:

„Es kommt uns zu Ohren, daß Sie einen unfreier Leute einstellen wollen, wir warnen Sie im Guten, dies zu unterlassen. Andernfalls versichern wir Ihnen, die Preise bei jedem Ihrer Kunden so zu verderben, daß Sie nie wieder in die Lage kommen, Knöpfe machen lassen zu können. Wir kennen alle Ihre Kunden.“

Das ist wohl so ziemlich die Höhe im Unternehmerterrorismus. Daß man den Arbeitern weiße leere Briefbogen vorgelegt hat, die sie unterschreiben sollten, sei noch nebenbei bemerkt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Italien. Um der für diesen Winter drohenden Not und Arbeitslosigkeit in Apulien abzuhelfen, wird der Minister Sacchi der Kammer eine Reihe öffentlicher Arbeiten vorschlagen. Augenblicklich sind in Apulien Bonifizierungsarbeiten im Gange für eine Gesamtsumme von 11,6 Millionen und Hafenarbeiten für 4,4 Millionen. Diese Summen können alle im Laufe des kommenden Winters aufgewandt werden. An neuen Arbeiten sollen für 2 Millionen Urbarmachungen in Angriff genommen werden, für 3 Millionen Hafenarbeiten und 500 000 Lire Straßenbauten. Weiter soll sofort die Legung des zweiten Gleises auf den apulischen Hauptbahnen begonnen werden, die seit langem geplant wurde. Es handelt sich hier um eine Ausgabe von 8,5 Millionen. In diesem Plan ist all den Arbeitern der Vorzug gegeben, die viel menschliche Arbeitskraft beanspruchen. Um die technischen Ämter des Staates nicht zu überbürden, werden den Provinzen und Kommunen bedeutende Zuschüsse bewilligt werden, für sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten ihrer Kompetenz.

Landesversammlung der Tabakarbeiter von Lippe und Waldeck.

Am Sonntag, 4. September, waren in Barntrup (Lippe) die Tabakarbeiter aus den beiden Fürstentümern zusammengekommen, um Stellung zu nehmen zu der Unterstützungsfrage der durch die Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter.

Aus allen Orten Lippes waren sie gekommen, mit der Eisenbahn und zu Fuß. Die waldeckischen Tabakarbeiter kamen auf einem halben Dutzend Reitern. Leider war durch die wiederholten Regengüsse ein großer Teil abgehalten worden. Die entfernteren Orte hatten Deputationen geschickt. Immerhin waren es rund 250 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die sich im Lippeischen Hof eingefunden hatten.

Die beiden geladenen Reichstagsabgeordneten, Dr. Neumann-Hofer für Lippe und Dr. Potthoff für Waldeck, hatten sich durch Schreiben entschuldigt, ebenso Landtagsabgeordneter Bratenmeier. Landtagsabgeordneter Genosse Schmud war durch schwere Krankheit in der Familie verhindert. Von den übrigen Landtagsabgeordneten der 3. Klasse in Lippe war keine Antwort auf die Einladung eingegangen, aber auch keiner anwesend. Für die Redaktion der Volksmacht war Genosse Schäblich anwesend. Von dem Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei des Bezirks Rassel war Genosse Webbig-Rassel, der Kandidat des Kreises Waldeck, entfallen. Den Sozialdemokratischen Verein für Lippe vertrat Genosse Eggen-Detmold; den für Waldeck-Pyrmont Genosse Kleine-Holzhausen.

Gegen 1/5 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Komitees, Genosse Kleine, die Versammlung. Nach Begrüßung der Versammelten und Verlesung der eingegangenen Entschuldigungsschreiben erhielt der Gauleiter Schlüter das Wort zu dem Thema: „Wie stellen sich die Tabakarbeiter zu der Kürzung bezw. Entziehung der Staatsunterstützung?“

Genosse Schlüter führte einleitend aus, es sei bezeichnend, daß auch nicht ein einziger der geladenen bürgerlichen Abgeordneten erschienen sei. Wie die Lippsche Landeszeitung über die Versammlung urteilt, beweise folgende Notiz in ihrer Nr. 234 vom 27. August:

„Eine Tabakarbeiter- und Industriellen-Versammlung ist auf den 4. September nach Barntrup einberufen worden. Einladungen sind u. a. ergangen auch an den Abg. Dr. Neumann-Hofer, an die Landtagsabgeordneten der 3. Klasse usw. Wie wir hören, ist Herr Dr. Neumann-Hofer, der sich zurzeit im Auslande aufhält, verhindert, der Einladung Folge zu leisten. Ebenso auch einige Landtagsabgeordnete, die im anderen Falle sehr gern an der Versammlung sich beteiligt haben würden. Uebrigens scheint uns der Versammlungstag recht ungünstig gewählt. Denn der 4. September ist auch in Lippe der Tag der Sedanfeier und gerade dieses Mal gedenkt man in weitesten Kreisen die Sedanfeier doppelt festlich zu begehen und sich daran zu beteiligen. Falls es den Einberufern fernliegt, die Tabakversammlung zu einer sozialdemokratischen Kundgebung zu machen, was wir hoffen, sollten sie eine Verlegung ernstlich ins Auge fassen.“

Resolutionen

Internationales Kongress in Kopenhagen.

Resolution betr. die gewerkschaftliche Einheit.
Der Internationale sozialistische Kongress zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongress erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerlegen, der Absicht dieser Resolution des internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnet, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.

Resolution betr. internationale Solidarität.

Der Internationale sozialistische Arbeiterkongress von Kopenhagen, in Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterklasse des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchsetzen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeitersolidarität in dieser Weise in Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Nischen-Druck, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließlich ihrer Kraft vor allem in der gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massengesetze, von Nischenausperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterklasse eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Hebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen können.

Der Kongress empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale zu unterziehen, welche Formen der internationalen Arbeitersolidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongress:

das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem Laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterklasse überall wahrzunehmen und um den allzu oft direkt erlogenen „Neuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse empowachtet, die Kraft genug besitzt, die breiten Volksschichten von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Resolution betr. Arbeitergesetzgebung.

„Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte Zustände herbei, die ein Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machten.

In keinem Lande erreichen die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann. Der Kongress erinnert an folgende betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung im Allgemeinen schon durch den Pariser Kongress von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobene Mindestforderungen:

1. einen höchstens achtstündigen Arbeitstag;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleistet werden muß;
4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche, für jeden Arbeiter;
5. Verbot des Trunksystems;
6. Sicherstellung des Koalitionsrechtes;
7. eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen.

Zwar hatte der Pariser Kongress zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterkongressen der Regierungen zusammentraten und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Befürchtung, daß ihr Klasseninteresse geschädigt wird, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, und das, wiewohl durch Arbeiterschutz in keinem Lande irgendein Erwerbszweig geschädigt ist, vielmehr die Hebung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerklasse einen Vorteil bringt.

Um ein Versinken der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongress zu Amsterdam 1904, daß unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Nationen, in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden, die ausreichende Subsidien- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten ist, und die die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren.

Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schutzlos sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongress fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in andern Arbeitszweigen beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch wirksamen Ausbau der Klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.“

Resolution betr. die Arbeitslosigkeit.

Der Kongress stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um ihre Milderung und um die Verringerung ihrer Folgen handeln.

Der Kongress fordert die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge.

Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern:

1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit.
2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne.
3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise.
4. Keine Leistung an Arbeitslose darf eine Minderung ihrer politischen Rechte zur Folge haben.
5. Errichtung und Unterhaltung von Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Freiheiten und die Interessen der Arbeiter durch die Gewerkschaften gewahrt werden.
6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen.
7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen, öffentlich-rechtlichen, obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern.

Gewerkschaftliches.

Frankenhausen a. Ruffhäuser. Die eingeleitete Lohnbewegung zeugte den Erfolg, daß die drei Firmen: W. Dietrich, A. Bauer u. Bedert und Reimann, C. v. Lohnzulagen in Höhe von 50 bis 80 Pfg. pro Mille machten. Die Firma W. Probst, bei welcher nur wenige organisierte Arbeiter, hat dagegen noch keine Lohnzulagen gemacht. Hoffentlich ziehen die bei dieser Firma beschäftigten Kollegen und Kolleginnen die richtige Lehre aus diesen Vorgängen und schließen sich dem deutschen Tabakarbeiterverband an.

Biehla bei Elsterwerda. Die Firma Karl H. H. H. schloß mit dem Verbands einen Tarifvertrag ab. Gewährt wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie im Landesminimallarif niedergelegt worden sind. Die Lohnzulagen betragen bis 1.20 Mk. pro Mille bei einer Verkürzung der Arbeitszeit von 4 Stunden die Woche.

Grenzen i. Thür. Der Abwehrstreik bei der Firma Gebr. Bähr ist als beendet zu betrachten, da alle Streikenden anderweit untergebracht sind. Die Sperre bleibt jedoch über diese Firma bestehen, da sie es ablehnt, von ihrem Vorhaben, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, zurückzutreten.

Bremen. Die Firma Heik u. Hoppe führte Sorten ein mit Lohnsätzen, die als zu niedrig bezeichnet werden mußten. Es kam dieserhalb am 15. August zur Arbeitseinstellung. Die Arbeit wurde am 5. September wieder aufgenommen, nachdem die Firma sich bereit erklärt hatte, die Löhne bei den fraglichen Sorten um 1 Mk. und 1.50 Mark pro Mille zu erhöhen.

Neuentirchen (Kreis Melle). Die bei der Firma J. C. Wiendick eingeleitete Lohnbewegung zeitigte den Erfolg, daß die Löhne um 50 Pfg. bis 2 Mk. pro Mille erhöht wurden.

Northheim (Hannover). Der Streik bei der Firma Sonntag u. Duisenberg dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Sulingen (Hannover). Der Abwehrstreik bei der Firma D. Hing dauert fort. Vor Zugang nach Sulingen und Annahme von Streikarbeit für diese Firma wird gewarnt.

Fürstenwalde. Der Streik bei den drei Firmen H. Casper, H. Ehrlich und P. Schreiber dauert fort. Der Zugang ist fernzuhalten.

Münden (Hannover). Der Abwehrstreik bei der Firma Ph. Henkel (Inh. W. Korf) dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Halle a. S. Der Abwehrstreik bei der Firma Bartel u. Naeter dauert fort. Der Zugang ist fernzuhalten. Der Zugang ist außerdem fernzuhalten nach:

- Holzminde: Firma G. Weitzel.
- Dank (Rheinl.): Firma J. Baasen.
- Ostfeld (Prov. Sachl.): Firma R. Krostewitz.
- Grenzen i. Thür.: Firma Gebr. Bähr.
- Johannegeorgsstadt: Firma C. Heymann.
- Leisnig (Sachsen): Firma Ferd. Hühle.
- Dahme i. M.: Firma H. Gloel.
- Sommerfeld: Firmen A. Watzke und P. Würbel.

Zur Kennzeichnung amerikanischer Gewerkschaften mag es dienen, daß der Arbeitsverband des Staates New Jersey einen Vertreter für alle von Kirchen, Gemeinden und Geistlichen veranstalteten Zusammenkünfte gewählt hat, da Kirche und Arbeiter zu-

ammengehören.“ So hat der allgemeine Arbeitsverband auch beschlossen, die Geistlichen um Veranstellung eines besonderen Sonntags für einen der Arbeiterstadt gewidmeten Gottesdienst mit entsprechender Predigt zu ersuchen. Es sollen vor einiger Zeit schon etwa 700 Geistliche ihre Zustimmung erklärt haben. Viele dürften noch folgen. Solche Mitarbeiter verdienen wirklich so viel Rücksicht. Die Anerkennung unserer Christlichsozialen wird ihnen sicher auch nicht fehlen.

Berichte.

Kombinierte Mitgliederversammlung der Zahlstellen Hamburg, Altona, Ottensen, Barmbeck, Wandstedt und Schiffbeck am Sonntag, 11. September, in Altona, Blumenfäule. Ueber das Vorgehen der Firma Caprano u. Grub, Altona, und ihre neuesten Lohndrückereien referierte der Gauleiter Hadelberg. Redner unterzieht die bisherigen Vorgänge und die mit der Firma gepflogenen Unterhandlungen einer kurzen Betrachtung. Bei früheren Unterhandlungen habe die Firma stets betont, daß sie bestrebt sei, mehr Lohn zu zahlen wie andere Firmen am Orte. Dieses sei aber auch notwendig angesichts der hohen Anforderungen, welche die Firma an die Arbeiter stelle, und zwar besonders beim Blattverbrauch, welcher letzteres ungünstig auf den Verdienst einwirke. In Wirklichkeit seien nur einige Sorten besser bezahlt, andere hingegen wieder schlechter wie bei anderen Firmen. Bei verschiedenen Forderungen hätten wir Nachgiebigkeit bewiesen und damit gezeigt, daß wir nicht mit dem Kopfe durch die Wand wollen. Die Firma habe auch früher erklärt, daß sich gut mit uns verhandeln lasse. Dieses änderte sich nun im vorigen Jahre im Oktober, wo die Firma für eine neue eingeführte Formarbeit 10 Mk. weniger bezahlen wollte, wie in Pennal. Wir wollten uns mit 6 Mk. weniger begnügen, doch war die Firma damit nicht einverstanden, und wurde die Arbeit hier nicht mehr gemacht. Einige Zeit darauf wurde eine neue Pennalarbeit Nr. 109 eingeführt. Alle in Betracht kommenden Instanzen waren der Ansicht, daß für diese Arbeit ein höherer Lohn wie der eingeführte gezahlt werden müsse. Ein an die Firma gerichteter, höflich gehaltener Brief wurde nicht beantwortet. Das war eine Beleidigung der gesamten Arbeiter, in deren Auftrage gehandelt wurde. Die Unorganisierten erhielten aber doch andere Arbeit, während die organisierten, sich weigernden Kollegen auf die Strafe flogen. Wir verhängten die Sperre über diese Arbeit, welche im allgemeinen auch beachtet wurde. Neben anderen unshönen Maßnahmen der Firma einzelnen Arbeitern gegenüber, wie Verhinderung der Zollunterstützung, wurden dann circa 25 Arbeiter entlassen, welche von uns als gemäßigter betrachtet wurden. Trotzdem gingen wir noch nicht scharf vor. Im Einverständnis mit dem Vorstande fand eine Fabrikversammlung statt, doch waren eine Anzahl Kollegen so von der Firma beeinflusst, daß ein Streik abgelehnt wurde, die Sperre blieb jedoch bestehen. Wieder führte die Firma nun vor kurzem neue Sorten ein, welche ebenfalls minimal entlohnt wurden. Einem von der Firma des öfteren geäußerten Wünsche entgegenkommend, ließen wir nunmehr die betreffenden Arbeiter selber vorstellig werden und höhere Lohnforderungen erheben. Einige dieser Arbeiter versagten, und bei anderen leugnete die Firma in der Person des Meisters Schau-ab, als daraufhin die Fabrikdelegierten vorstellig wurden. Auch den Fabrikdelegierten gegenüber ließ sich die Firma auf nichts ein. Darauf wurden der Firma die Forderungen brieflich im Namen des Verbandes als Ultimatum unterbreitet, jedoch ebenfalls nicht beantwortet. Der Meister Schau sei der eigentliche Schachmacher und habe sich dahin geäußert: Solange ich hier bin, kommt kein Organisationsvertreter in unsern Betrieb hinein. Etwas Derartiges grenze an Größenwahn und habe sich noch kein hiesiger Meister geleistet. Das sei eine direkte Ausschaltung des Chefs, womit letzterer wohl nicht einverstanden sein werde. Bisher hätten wir die schärfsten Maßnahmen vermieden. Nunmehr bleibe uns nichts anderes übrig als der Kampf. Komme es zum Kampfe, dann habe die Firma es sich selber zuzuschreiben, wenn die Sache anders auslaufe, als sie es sich gedacht habe. Die Situation sei für die Arbeiter günstig, denn es kommen fast nur Spezialarbeiter in Betracht. Treten diese in ihrer Gesamtheit in den Kampf ein oder erklären sich dafür, dann muß die Firma nachgeben und es kommt gar nicht zum Streik. Der Vorstand ist mit unserem Vorgehen einverstanden und der Ansicht, daß die Arbeiter Hamburgs sich ein solches Verhalten der Firma nicht bieten lassen dürfen. Die Disziplinarverwaltungen stellen nunmehr den Antrag, unter Einbeziehung der Jülianten in den Kampf einzutreten und der Firma den Streik zu erklären. (Donnerndes Bravo!) In der nunmehr einsetzenden lebhaften Diskussion sprechen sich fast alle Redner, darunter mehrere Arbeiter von Caprano, in demselben Sinne aus und plädieren für den Streik. Von letzteren wird noch ausgeführt, daß sich die Firma wohl nach anderen Firmen richte, wenn es zu ihren Gunsten sei, umgekehrt aber nicht. Komme es nicht zum Kampfe, dann seien die armen Hausarbeiter zu bedauern, dann würden sie von der Firma getreten werden, daß nichts mehr von ihnen übrig bleibe. Auf eine Bemerkung hin, daß die Firma die Arbeiter vielleicht einzeln und die Sache dann als erledigt betrachten würde, bemerkt Hadelberg, daß wir uns darauf jetzt nicht mehr einlassen können. Hätte sich die Firma so entgegenkommend gezeigt wie andere Firmen, welche sogar dem Fabrikantenverein angeschlossen seien, dann wäre es gar nicht zu der ganzen Bewegung und heutigen Versammlung gekommen. Wir machen bei unserem Vorgehen keinen Unterschied zwischen Firmen, welche dem Fabrikantenverein angeschlossen sind oder nicht. Wäre die Firma dem Fabrikantenverein angeschlossen gewesen, dann hätte sie sich wohl nicht so verhalten dürfen, denn vor einigen Jahren sei sie deshalb aus dem Fabrikantenverein ausgetreten resp. ausgeschlossen worden. Denke bemerkt, daß es nach Ansicht der Disziplinarverwaltungen nur noch einstimmige Streikerklärung geben kann und wünscht, daß sich die Arbeiter von Caprano dem anschließen. Hierauf prüft eine in der Versammlung gewählte Kommission nochmals die beantragten Sorten und erklärt sämtliche Forderungen für berechtigt. Ostertag führt noch aus, daß die Firma sich geäußert habe, die ganze Bewegung sei von Hadelberg persönlich eingefädelt. Er habe zu erklären im Namen der Verbandsfunktionäre, daß Hadelberg nur in ihrem Auftrage und im Auftrage der Arbeiter gehandelt habe. Wenn es nun so scheine, als ob die Firma durch nunmehrige Einziehen der betreffenden Sorten die Sache aus der Welt schaffen wolle, so würden wir uns nicht darauf einlassen. Die Firma habe jetzt auf unsere Forderung eingegangen. (Beifolgendes Bravo!) Hierauf wird einstimmig beschlossen, in den Streik einzutreten, falls sich die Firma nicht gleich mit uns vereinbart. Die näheren Bestimmungen und Ausführungen bleiben der Verbandsleitung überlassen. Betreffs der Zollunterstützung wird beschlossen, daß nur diejenigen Unterstützung erhalten, welche von Anfang an die Extrabeiträge bezahlt haben oder dieselben nachbezahlen. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. In der Montag, 12. September, stattgehabten Verhandlung der Fabrikdelegierten mit der Firma erklärte diese, daß sie keinen

Anlaß habe, wegen der Differenzen in Verhandlungen mit dem Verband zu treten.

Hodenheim. Die Lohnbewegung bei der Firma J. Hodenheimer u. Söhne ist beendet. An der Bewegung waren alle fünf Filialen beteiligt. Die Fabriken befinden sich in St. Ilgen, Reilingen, Neulufheim und Hodenheim; es werden zirka 400 Arbeiter beschäftigt. Lohnzulagen wurden auf 27 Sorten von 10-50 Pfg. pro Mille erreicht. Mit diesen minimalen Lohn-erhöhungen mußten sich die Arbeiter vorläufig zufriedengeben, weil das Organisationsverhältnis in einigen Filialen noch mangelhaft war und weil es im allgemeinen noch an gewerkschaftlicher Schulung fehlte.

Nordhausen. Am 8. September nahmen die im Tagelohn beschäftigten Tabakarbeiterinnen in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu folgenden, seitens der Fabrikanten gemachten Lohnzugeständnissen: Ausgelernte Vorlegerinnen über 16 Jahre erhalten ab 17. September einen Stundenlohn von 16 1/2 Pfg., Vorlegerlehrlinge unter 16 Jahren erhalten für den ersten und zweiten Monat 12 Pfg., für den dritten und vierten Monat 13 Pfg., für den fünften und sechsten Monat und bis zum vollendeten 15. Jahre 14 Pfg. und vom 15. bis vollendeten 16. Lebensjahre 15 Pfg. pro Stunde. Vom 16. Jahre ab voller Lohn. Vorlegerlehrlinge über 16 Jahre erhalten für den ersten und zweiten Monat 13 Pfg., für den dritten und vierten Monat 14 Pfg., für den fünften und sechsten Monat 15 Pfg. und nach sechs Monaten vollen Lohn. Die Lohnerhöhungen betragen für ausgelernnte Vorleger 2 1/2 Pfg. pro Stunde, für Vorlegerlehrlinge unter 16 Jahren 2 Pfg. und für solche über 16 Jahre 3 Pfg.

pro Stunde. Jedoch wird der Lohn nicht mehr wie bisher mit 60 Stunden, sondern nur mit 58 Stunden für die volle Woche berechnet. Die Versammlung beschloß sich in eingehender Weise mit den gemachten Lohnzugeständnissen und beschloß, wegen der schlechten Geschäftslage in der Tabakbranche sich mit denselben einverstanden zu erklären. Die erste Lohnbewegung, die die im Tagelohn beschäftigten Arbeiterinnen aus eigener Kraft inszenierten, ist somit zugunsten derselben beendet. Die Arbeiterinnen, die lange Jahre hindurch sich um ihre Arbeitsverhältnisse nicht kümmerten und darauf hofften, die Arbeitgeber würden aus eigenem Antriebe die erbärmlichen Löhne aufbessern, haben eingesehen, daß, wenn sie zu besseren Lohnverhältnissen kommen wollen, sie selbst Hand anlegen müssen. Das haben sie getan und der Erfolg des ersten Ansturms kann als ein befriedigender bezeichnet werden. Bedeutend mehr aber hätte erreicht werden können, wäre das Organisationsverhältnis ein besseres gewesen. Pflicht einer jeden Tabakarbeiterin muß es daher sein, dafür zu sorgen, daß auch die letzte der Kolleginnen sich der Organisation anschließt und dadurch unsere Kampfserien stärkt. Haben wir eine gute und straffe Organisation, dann werden wir imstande sein, gute und annehmbare Lohnverhältnisse für alle Arbeiter und Arbeiterinnen erkämpfen zu können. Darum, ihr Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Nordhausen und Umgebung: Tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiterverband!

Seesen. Ein Mahnwort an die Seesener Kollegen! Die auf den 10. September anberaumte Mitgliederversammlung war, trotzdem die Versammlung durch Handzettel angezeigt war und ein sehr wichtiges Thema auf der Tagesordnung stand, sehr

schwach besucht. Am wenigsten waren die Kollegen vertreten, die die Sache am meisten anging. Auf der Tagesordnung stand: Die Lohnbewegung bei der Firma Haffelbach u. Cie. Man sollte meinen, daß die Kollegen durch den Verrat, der durch die Handlungsweise einiger unorganisirter Kollegen, die sich als Werkzeug des Meisters Harre gebrauchen ließen, an ihnen verübt worden ist, nun alles daran setzen würden, um solche Sachen für die Zukunft unmöglich zu machen. Weit gefehlt! Kollegen! Wenn uns nun auch der Unverstand einen bösen Streich gespielt hat, soll uns dies doch nicht nutzlos stimmen. Daß solche Sachen überhaupt vorkommen konnten, ist die Folge der grenzenlosen Interesslosigkeit, die hier seit je herrscht hat. Wären die Kollegen, die sich durch unorganisierte Handlanger des Meisters überreden ließen, eine Ergebnissadresse an die Firma zu unterschreiben und sich dadurch eines groben Disziplinbruch schuldig machten, gute Versammlungsbesucher gewesen, so müßten wir dies unbedingt schärfer verurteilen. So aber müssen wir uns mit der Sache abfinden, aber auch dafür Sorge tragen, daß so etwas nicht wieder vorkommen kann. Dies können wir aber nur, wenn jeder Kollege es sich zur Pflicht macht, die Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Auch der geringste Gegenstand muß jedem wichtig genug erscheinen. Nur in der Versammlung können wir uns Belehrung holen und uns gegenseitig ergänzen. Darum fort mit den albernen Gründen, die vielfach persönlicher Natur sind, mit denen man sein Fernbleiben entschuldigt. Wenn jeder seine Pflicht tut, wird auch hier das gewerkschaftliche Leben bald anders werden.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Telephon 11358. Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlen als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 220, 240, 250, 260, 280, 300, 340, 380, 410, 500 ϕ .	Havana, hochfeine Einl., à 270, 350 ϕ .
Sumatra-Umblatt à 160, 175 ϕ .	Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 ϕ .
Vorstenland-Decker à 200, 250, 310, 320, 400, 500 ϕ .	Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 ϕ .
Java-Umblatt à 145, 150, 160, 170, 175, 180, 185 ϕ .	Carmen-Einlage à 105, 110 ϕ .
Java-Einlage à 105, 110, 115, 120	Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 ϕ .
Anfarbeiter à 125 ϕ .	Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 ϕ .
Felix-Decke, schneeweiß, Brand, 220 ϕ .	Mexiko San Andres à 450, 550 ϕ .
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 ϕ .	Losgut, sehr blattig und gesund, à 100, 110 ϕ .

Uckermärker à 92, 95, 100 ϕ .

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Welt-Firma

Gebrüder Rauh & Gräfrath

bei Solingen

Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges

Versand direkt an Private.

Alleinige Fabrikanten der berühmten Marke „Brillant“ Solinger Stahlwaren

Nachstehende Haarschneidemaschinen versenden wir

30 Tage zur Probe!

Abbildung 1/2 natürl. Grösse.



Gebrauchsanweisung nach d. auch d. Ungeschulteste sofort selbst Haare schneiden kann, wird jed. Maschine gratis beigeft.

Rohtabak-Versandhaus H. Edling, Bremen

empfehlen folgende gute Tabake zu niedrigen Preisen

Sumatra-Decker à 170, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 310, 320, 360, 410, 450, 500.
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 140, 150, 160 ϕ , Stückblatt à 130, 140, 150 ϕ .
Java-Decker à 200, 220, 260 ϕ .
Java-Umblatt à 125, 130, 140, 150, 160, 170.
Vorstenland-Decker à 200, 220, 230, 240, 280, 290, 300 ϕ .
Vorstenland-Umblatt à 140, 150, 160, 170.
Brasil-Decker à 170, 180, 190, 200 ϕ (4-5 Pfd. deckend, schneeweiß Brand).
Brasil-Einlage u. Umblatt à 115, 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160 ϕ .
Mexiko-Decker à 200, 250, 300 ϕ .
Mexiko-Umblatt à 120, 130, 140 ϕ .
Havana à 150, 160, 180, 200, 250, 300, 350.
Yara-Cuba à 150, 160, 180, 200 ϕ .
Carmen (rein Umblatt) à 110, 120, 130 ϕ , Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100, 105 ϕ .
Domingo (rein Umblatt) à 105, 110, 120 ϕ , Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100 ϕ .
Losgut (rein überseeisch) à 90, 95 ϕ .
Gemischte Original-Tabake (rein überseeisch) à 100, 110 ϕ .
Geschneittenen Brasil à 105, 110 ϕ .
Geschneittenen Java à 100, 110 ϕ .

Preise verzollt per Pfund.
Versand unter Nachnahme.
Kredit bei Aufgabe guter Referenzen.

Vielen Kranken

haben Hautkuren mit Ramscheider Stahlbrunnen vortreffliche Dienste geleistet.

„Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichsüchtigen Tochter und an einer kränklichen schwachen Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Ramscheider Stahlbrunnen geworden.“ — „In meinem 61. Lebensjahre wurde mein Magen allmählich so schwach, daß ich nicht mehr die leichtesten Speisen verdauen konnte. Nebenbei quälten mich heftiges Aufstoßen, Rückenschmerzen, Kopfschmerzen. Durch Gebrauch des Ramscheider Stahlbrunnens wurde ich von allen diesen Leiden befreit.“ — „Nur Ihrem köstlichen Wasser verdanke ich meine Heilung.“ — „Nach Beendigung der Kur hat sie den alten Schaffensgeist wie früher.“ — „Bin mit dem Ramscheider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Badereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden sind.“

Aus Schriften von Aerzten: „Ein ganz vorzügliches Eisenganganmedikament ist das Ramscheider Wasser, die Lösungsverhältnisse der hauptsächlich wirksamen Stoffe stimmen mit denen des Blutes überein.“ — „Das Wasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohlgefühlt, haben es gern getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen, so daß sie ihrem früheren Beruf bald wieder nachgehen konnten.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SO. 77.

Haarschneide-Maschine „Perfekt“

Nr. 264 mit 2 Aufschiebekämmen, um die Haare 4, 7 und 10 mm schneiden zu können, zum Preise von nur 4.30 Mk.

Haarschneide-Maschine „Symbolo“

Nr. 264 1/2 Genau wie Nr. 264, aber in leichterer Ausführung, nur 3.50 Mk.

Diese Maschine kann per Doppelbrief versandt werden.

Grosse Auswahl von Haar- und Bartschermaschinen sowie Rasiermessern und Rasierapparaten in jeder Preislage, alle Rasierutensilien, wie Nöpfe, Pinsel, Streichriemen, Seife, Abziehsteine etc. Rasiermesser in la Qualität von 1.40 Mk. an. Komplette Rasiergeräthnisse in Holzkästchen schon von 3 Mk. an.

Haarmaschinen, Rasiermesser, Taschenmesser, Scheren etc. werden unter billigster Berechnung geschliffen und repariert, ganz gleich, ob unser oder fremdes Fabrikat.

Aufträge von 15 Mk. an versenden wir portofrei innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. v. Aerzten u. Prof. gratis u. frko. H. Edling, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstr. 91/92.

Unserem Kollegen **Heinr. Engelbrecht** nebst Braut **Anna Hollkamp** zu ihrem am 16. September stattfindenden Hochzeitsfest die besten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle **Stift-Quernheim**.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 \mathcal{M} . — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— \mathcal{M} . — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 \mathcal{M} . — Dede à 2.20 \mathcal{M} . — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 \mathcal{M} . — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 \mathcal{M} . — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50 \mathcal{M} . — Einlage à 1.40 \mathcal{M} . — Havana à 2.60 u. 3.60 \mathcal{M} . — Cuba à 2.50 \mathcal{M} . — Prima Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25 \mathcal{M} . — Elsässer à 98 ϕ . — Uckermärker, lose Blätter à 96 ϕ , gefchnürt à 1.05 u. 1.10 \mathcal{M} .

Distoht gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme. — Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.*

Achtung!!! Ausnahme-Offerte Sumatra

erste Länge Vollblatt, Mittel- bis helle Farben, sehr deckfähig, empfehlen per 1/2 Kilo inkl. Zoll und Wertsteuer **RM. 3.60.**

Typen versenden gerne gratis u. franko.

Hengfoss & Maak

Hauptgeschäft: Altona-Ottensen

Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 25.

BRILLANT

Wir bitten genau auf unsere Firma u. Fabrikmarke zu achten.



Eingetragene Fabrik Marke

Umsonst und portofrei versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten Pracht-Katalog, welcher ca. 9000 Gegenstände illustrierten, aller Warengattungen in grösster Auswahl enthält.

Warenlager im Werte von ca. 1/2 Million Mark.

Der Weltruf unserer Firma bürgt dafür, dass nur elegante, gelegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Tausende Anerkennungs-schreiben loben die Güte und Qualität unserer Waren. . . .

Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Suche gebrauchte Formen

1 grades, 1 schräges und 1 Manilla-Fasson, auch Presskasten, Presse, Windelbock zu kaufen.

Gustav Lange Weiskwarthe bei Langerhütte.

Bürgerliches Gesetzbuch :: nur 30 Pfg.

Zu bez. durch d. Exped. d. Tabakarbeiter.

Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der verheiratete Zigarrenmacher **Karl Dietzel**, geboren zu Neuendorf bei Gotha, befindet, werden gebeten, dessen Adresse an die Expedition dieses Blattes einzufenden.

Todes-Anzeigen.

Am 5. September starb nach schwerem Leiden unser treues Mitglied **Frau Karoline Springer** im Alter von 62 Jahren. Leicht sei ihr die Erde! Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle **Fauer**.

Am 5. September verstarb unser Mitglied, die Kollegin **Anna Berta Adam** aus Serkowitz im Alter von 19 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle **Dresden**.

Am 7. September verstarb nach langer Krankheit unser treues und langjähriges Mitglied **Berta Wetzel** aus Waldheim. Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen jederzeit bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle **Waldheim i. S.**

Am 9. September verstarb plötzlich nach längerem Herzleiden am Gehirnschlag unser langjähriges treues Mitglied, der Zigarrenfabrikant **Wilhelm Stiller** aus Soy bei Dhlau im 42. Lebensjahre. Ein ehrendes und dauerndes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle **Rottbus**.

Am 15. September verstarb unser Mitglied **Eduard Damköhler** aus Halberstadt im Alter von 46 Jahren. Er gehörte unserem Verband seit 1887 ununterbrochen an. Leicht sei ihm die Erde! Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder d. Zahlstelle **Halberstadt**.

Briefkasten.

J. R., Würzburg, 70 Pfg. — Stift-Quernheim 70 Pfg.

nehmen beim Wecheln diese Münzen in jedem Quantum an. Die Hauptmünze besteht in Sienifin.

Wir gehen auf die weiteren Bestimmungen nicht ein; und können auch die vielseitige wirtschaftliche Bedeutung dieser Umwälzung nicht darlegen, welche dem alten, durchlöchernten Kupfergeld ein Ende macht, das zirka 50 Jahre nach Christi Geburt entstand und seitdem ununterbrochen als Zahlungsmittel gedient hat. Nur so viel im allgemeinen, daß sie den chinesischen Binnen- und Außenhandel auf eine neue, moderne Grundlage stellen wird. Ihr wird voraussichtlich die Vereinfachung von Maß und Gewicht folgen

Ueber die blühende Heide

Ueber die Heide schreiten wir beide,
Ueber das blühende, duftende Feld.
Rot sind die Triebe, rot ist die Liebe,
Rotend umspielt uns der Zauber der Welt.

Sonnendurchglutet, Lebendumflutet,
Weißt uns der Weg unser heiliges Recht.
Wir sind die Jugend, wir sind die Tugend,
Wir sind das starke, das freie Geschlecht.

Ueber die Heide schreiten wir beide,
Mit uns das Volk, das die Zukunft schafft.
Rot sind die Triebe, rot ist die Liebe,
Rot ist das Banner unserer Kraft.

Martin Kahle.

Notizen.

Eine Sätte der Aufklärung. Wer wußte, daß just das kleine oberfränkische Städtchen Kulmbach, sonst nur weltberühmt durch sein Bier und seine Brauereien, auch in der Geschichte der Aufklärung einen Platz behaupten darf, einen Ehrenplatz sogar? Kulmbach ist nämlich, wie Dr. Lory im Türmer (Herausgeber Freiherr von Gotthuf) nachweist, einer der sehr wenigen Orte im Gebiete der europäischen „Zivilisation“, in denen niemals Hexenfeuerhaufen rauchten, niemals unglückliche Opfer einer halb psychischen, halb physischen Volkskrankheit unter namenlosen Qualen des Leibes und der Seele litten und starben. Noch mehr! Die ehrsamten Väter der seit alters fleißig Bierbrauenden Stadt können den Ruhm für sich beanspruchen, in eine Reihe mit den wenigen erlauchten Geistern gestellt zu werden, die als die ersten gegen den furchtbaren Wahn Stellung nahmen, der in romanischen und germanischen, katholischen und protestantischen Banden in gleicher Weise wütete, und zwar haben sie ihn nicht theoretisch und mit papiernen Argumenten bekämpft, sondern praktisch, in dem engen Kreise ihrer Macht und Wirksamkeit mit Nachdruck und Strenge jede Äußerung des Hexenglaubens von Anfang an konsequent unterdrückt. Ihre Namen nennt zwar „kein Lied, kein Heldenbuch“, doch sind sie auch nicht verwehrt und verschollen. Die von dem derzeitigen Stadtoberhaupt, Hofrat Glessa, geretteten Ratsprotokolle verkünden ihren Ruhm und sind die attemmäßigen, einwandfreien Zeugen ihrer Verdienste.

Es ist dabei beachtenswert, daß im Gebiet des Markgraflandes, wie Dr. Lory seinerzeit in der Festgabe zum 60. Geburtstag K. Th. von Heigels an der Hand archivalischer Quellen nachwies, überhaupt Hexenprozesse so gut wie keine Rolle spielen; während es aber doch sonst im Bayreuthischen gelegentlich einmal wenigstens zu einer Anklage kam, zu einer Unterjuchung und schließlich auch zu einer „peinlichen Befragung“, ging man in Kulmbach in umgekehrter Weise vor, man bedrohte oder bestrafte den Angeber, und diese aus den Ratsprotokollen unwiderleglich zutage tretende Erscheinung ist es, die Kulmbachs Verhalten in der Hexenfrage zu einer leuchtenden Ausnahme macht.

Als im Jahre 1598 ein Bauernjunge auf offnem Markt eine Frau beschuldigte, daß der Teufel ihr Geld zutrage, da wachte er wahrscheinlich große Augen machen und dürfte sich sehr in seiner Unschuld gekränkt gefühlt haben, als man ihn vor den gestrengen Rat der Stadt schleppte, der nicht zauderte, ihm einen tüchtigen Dutzettel zu geben. Denn, wie schon erwähnt, diese ausgeläutete Behörde hat mit unerbittlicher Konsequenz jede Verfolgung einer der Zauberei und Hexerei verdächtigen Person abgelehnt und stets den Spieß umgekehrt. Selbstverständlich wurde auch bei den Städtlern selbst keine Ausnahme gemacht. Es scheint, daß zum erstenmal im Jahre 1595 eine derartige Beschuldigung laut wurde; wenigstens hören wir damals von einer Frau, die gegen eine andre den Vorwurf des „Wettermachens“ erhob, eine der gewöhnlichsten und zugleich gefährlichsten Verdächtigungen gegen „Hexen“. In andern Gegenden

hatte eine solche Beschuldigung fast ausnahmslos den qualvollen Tod der verdächtigten Person zur Folge, zumeist auch eine Reihe anderer Prozesse mit gleichem Ausgang. Was aber geschah in Kulmbach? Die Angebeschuldigte wurde überhaupt weiter nicht belästigt, die aber, so die andre bezichtigt hatte, wurde nach dem Eintrag der Ratsprotokolle „mit dem Eisen“ (Halbseifen) bestrast! In dem schon genannten Jahre 1598 endlich erschien ein gewisser Matthias Breitengraser vor dem Rat und verklagte die Dorothea Kreuzhöferin, „ihm durch Zauberei seine Leibesbeschwerung verursacht zu haben“. Der „Prozeß“, der sich daraus entwickelte, hätte wahrscheinlich die helle Entrüstung der Leute wie Karpzow usw. hervorgerufen: Breitengraser wurde mit seiner Klage abgewiesen, sie wurde ausdrücklich als grundlos bezeichnet und dem Kläger unter Androhung schwerer Strafe verboten, der Kreuzhöferin in Zukunft derartige Sachen nachzureden. Damit hörten Anklagen und Verdächtigungen wegen Zauberei in dem glücklichen Kulmbach überhaupt auf.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug nach Angaben des Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich um die Mitte des Jahres

1851	35,6 Millionen	1903	58,6 Millionen
1861	38,0 „	1904	59,4 „
1871	40,9 „	1905	60,3 „
1881	45,4 „	1906	61,2 „
1891	49,7 „	1907	62,1 „
1900	56,0 „	1908	63,1 „
1901	56,8 „	1909	63,9 „
1902	57,7 „	1910	64,8 „

Die Bevölkerungsziffern der Jahre 1906 bis 1909 sind vorläufig berechnet worden unter Berücksichtigung des Geburtenüberschusses und der überseeischen Auswanderung, diejenige des Jahres 1910 nach vorläufiger Schätzung auf Grund der bisherigen Bevölkerungszunahme. In den Jahren der fünf letzten Volkszählungen betrug die Bevölkerungszunahme jährlich

1885	0,7 Prozent	1900	1,50 Prozent
1890	1,07 „	1905	1,46 „
1895	1,12 „		

Der Mann von dreißig Jahren. Ueber die Lebensalter und ihre geistigen und seelischen Stimmungen plaudert der bekannte Berliner Pädagoge und Psychologe Wilhelm Mülich in einem Aufsatz des neuesten Heftes von Westermanns Monatsheften. Die mannigfachen Wandlungen, die Körper und Geist von Kindesbeinen an durchzumachen haben, scheinen bei dem Erwachsenen zu einem gewissen Stillstand zu kommen, aber gerade in diesem Augenblick vollziehen sich oft einschneidende innere Metamorphosen. Bei sehr vielen Männern erfolgt mit den dreißiger Lebensjahren eine tiefgehende Reaktion gegen alle hochgelegenen Ziele und idealen Maßstäbe der vorherigen Periode. Man kann diese Altersstufe geradezu als eine Probe ansehen für den endgültigen Gehalt der Person an. Das, was man als Idealismus zusammenfassen kann, Glaube an das Recht der großen Lebensziele, an die mögliche Verwirklichung des Besten, des Schönen und Guten, geht allen solchen Naturen verloren, bei denen es eben nur mit den natürlichen Hoffnungen der weltunkundigen Jugendzeit sich eingestellt hatte, etwa nur mit übernommenen war, aber nicht persönlich eingewurzelt. Zum Realismus ist dieses Alter in der Tat berufen; es soll die Welt recht verstanden, deutlich erkannt haben, um in ihr fruchtbar zu wirken. Indessen in Wirklichkeit macht sich der Realismus hier in sehr verschiedener Weise geltend. Daß man die Macht des Seienden erkannt hat, führt leicht dazu, gegen diese Macht mit allem ihrem Druck nicht weiter ankämpfen zu wollen. Daß die vielen rings um uns gleichmäßig von schwungloser Lebensauffassung erfüllt sind, läßt ein anderartiges Fühlen wohl als unreif und mehr oder weniger komisch erscheinen. Allerlei persönliche Enttäuschungen haben sich inzwischen eingestellt. Die erste innere Ermüdungswelle geht durch die Seele. Mancherlei Gewöhnung hat sich bereits gebildet, und in ihr um jeden Preis zu beharren, wird das Bedürfnis aller Mittelmäßigen — um von den durch überreichen, gemeinen Lebensgenuß früh Erschöpften nicht weiter zu reden. Wirklichem Schwung des Lebens ist zunächst damit Valet gesagt. Und doch erfolgt, wie eine praktisch sehr schätzbare Tätigkeit ausgeübt werden mag, oft allmählich auch eine Art von innerer Wiederherstellung in den vierziger Jahren, wo die innere Unsicherheit endgültig überwunden zu sein scheint, wo zugleich mit körperlicher Vollkraft die allgemeine persönliche Leistungsfähigkeit auf ihrer sicheren Höhe angelangt ist, wo der Mann nach der vollstimmlichen Bezeichnung „in seinen besten Jahren“ steht.

Verantwortlicher Redakteur: Fr. Geher, Leipzig.
Notationsdruck und Verlag Leipziger Buchdruckerei A.-G.

Abriz der englischen Revolution.

Die Mehrzahl der englischen Bevölkerung ernährte sich im 17. Jahrhundert von der Landwirtschaft. Industrie, Gewerbe und Handel waren erst in langsamem Aufsteigen begriffen. Ackerbau wurde wenig getrieben, überall wurde das vorhandene Land zur Viehzucht, hauptsächlich Schafzucht, verwandt. Die durch die Schafzucht gewonnene Wolle wurde teils von einer erstehenden Industrie zu Rohprodukten verarbeitet, teils ausgeführt. Um das Jahr 1650 ernährten sich 89,7 Prozent der englischen Bevölkerung von der Landwirtschaft, 5,2 Prozent vom Handel und 5,1 Prozent von Gewerbe und Industrie. Der Grund und Boden des Landes befand sich zum größten Teil in den Händen eines jungen Landadels, der seinen Besitz zu enormen Sätzen an Kleinpächter verpachtete und ihn anderseits durch Diebereien an dem Besitz der Kleinbauern zu vergrößern suchte.

Es bestand so ein scharfer Klassengegensatz zwischen dem Landadel einerseits und den Pächtern und Kleinbauern anderseits. Die große Masse des Landproletariats stand in keinem großen Gegensatz zu den Pächtern und Bauern — beide Teile hatten gleiche Arbeit, gleiche Lebensweise, ihre Lage war in jeder Hinsicht verwandt. Weiter bestand ein großer wirtschaftlicher Gegensatz zwischen dem Proletariat der jungen Wollindustrie und dem Bürgertum, das sich aus Kaufleuten und den Handwerksmeistern resp. den Besitzern der Wollmanufakturen zusammensetzte. Landadel und Bürgertum hatten die gleichen wirtschaftlichen Interessen. Der Landadel produzierte Wolle, das Bürgertum verarbeitete und verhandelte sie. Beide Stände waren im Unterhaus vertreten; das Oberhaus bestand aus dem sich in direkter Umgebung des Königs befindlichen Hofadel und den Bischöfen der Hochkirche, die von Heinrich VIII. an Stelle der katholischen eingeführt worden war. Unter der Regierung Elisabeths im 16. Jahrhundert waren Parlament und Krone in völligem Einklang gewesen. Nach ihrem im Beginn des 17. Jahrhunderts erfolgten Tode verschob sich jedoch das Verhältnis zwischen Krone und Parlament.

Es entstanden religiöse Gegensätze zwischen dem Bürgertum und dem Hofadel. Der Nachfolger Elisabeths, Jakob I. von Schottland, war, ohne religiöse Ueberzeugung freilich, Anhänger der Hochkirche, in der er ein geeignetes Mittel zur Beeinflussung des Volksgeistes sah. Unter dem Bürgertum dagegen machten sich Strömungen geltend, die nach Calvinischem Muster die Aufhebung der von der katholischen Kirche übernommenen Verfassung der Hochkirche forderten und sich besonders gegen den Ritus der Hochkirche wandten. Es bildeten sich die Sekten der Puritaner, deren Forderungen gänzliche Schmucklosigkeit des Gottesdienstes und der Kirchen, sowie eine Kirchenverfassung nach Calvins Muster waren, und der Independenter, die gänzliche Selbstständigkeit der einzelnen Kirchengemeinden erstrebten. Außerdem zeigte der Nachfolger Elisabeths absolute politische Gelüste, er wollte den auf dem Festland in Blüte stehenden Absolutismus auch auf England verpflanzen, ohne sich darüber klar zu sein, daß dies Durchgangsstadium in England schon überwunden war. Er stieß daher auf den heftigsten Widerstand im Parlament, das dem Königtum gegenüber seine Forderungen scharf präzipierte: Vollständige Unabhängigkeit von der Krone, Einfluß auf die auswärtige und die Kirchenpolitik, Finanzkontrolle, Anklageverfahren gegen Beamte.

Jakob I. lag in beständigem Kampf mit dem Parlament, das immer wieder der Auflösung verfiel; aber noch wagte es keinen gewaltsamen Widerstand. Er legte den Keim des Bürgerkrieges, der dann unter seinem Sohn und Nachfolger Karl I. zum Ausbruch kam und diesem vererblich wurde. Der Kampf war ein Kampf zwischen

Bürgertum und absolutem Königtum. Das Bürgertum besaß die größte wirtschaftliche Macht im Staate, es strebte demnach nach unmittelbarem Anteil an der Regierung, das Königtum, in seiner Existenz bedroht, wehrte sich. Die kommende Revolution war eine Erhebung der Bourgeoisie, das Proletariat hatte als selbständige Klasse keinen Anteil an ihr.

Schon im ersten Parlament, das Karl 1625, im Jahre seiner Thronbesteigung, einberief, zeigte sich Konfliktstimmung. Karl hatte eine französische, also katholische Prinzessin geheiratet, und geheime Zugeständnisse an die Katholiken, gegen die in England Ausnahmegeetze bestanden, gemacht. Das Parlament bewilligte darum die „Tonnen- und Pfundzölle“, die wichtigste Einnahme des Königs, nur auf ein Jahr, anstatt auf Lebenszeit, wie es sonst üblich war, und forderte strengste Durchführung der Katholikengeetze. Es wurde aufgelöst. Aber Karl, der sich die nötigen Geldmittel durch Anleihen zu verschaffen suchte, konnte ohne die vom Parlament zu bewilligenden Steuern nicht auskommen, er berief 1626 ein neues Parlament ein. Die Opposition dieses Parlaments war jedoch so stark, daß es wieder unmittelbar nach der Einberufung der Auflösung verfiel. Nun nahm der König seine Zuflucht zur ungesetzlichen Erhebung der Steuern und zu einer Zwangsanleihe. Die Steuererweigerer wurden eingekerkert, die Gegner des Königs durch Einquartierungen gefügig gemacht. Aber der Aufwand des Königs, sowie ergebnislose Kriege mit Frankreich und Spanien verschlangen Unsummen Geldes, und so mußte 1628 ein drittes Parlament einberufen werden. Dies bewilligte auch die erforderlichen Geldmittel, freilich erst, nachdem Karl die „Petition of Right“ (Forderung der Rechte) anerkannt hatte, welche die Sicherstellung des parlamentarischen Steuerbewilligungsrechts und der Sicherheit der Person und des Eigentums gegenüber ungesetzlichen Uebergriffen des Königs forderte. Nach der Bewilligung wurde das Parlament vertagt.

Trotz der Anerkennung der „Petition of Right“ fuhr Karl jedoch fort, ungesetzliche Zölle und Steuern zu erheben. Als daher im folgenden Jahre das Parlament wieder zusammentrat, wurden die heftigsten Beschwerden laut. Der König verlangte nun, das Parlament solle sich vertagen. Die Mitglieder jedoch leisteten offenen Widerstand und zwangen den Hofkämmerer, den „Sprecher“, mit Gewalt, ihre Beschwerden anzuhören. Die Folge war, daß das Parlament aufgelöst wurde und daß Karl nun Führer der Opposition verhaften und zu schweren Strafen verurteilen ließ.

In den folgenden elf Jahren nun berief Karl überhaupt kein Parlament mehr ein, sondern herrschte mit absoluter Willkür. Er erhob die „Tonnen- und Pfundzölle“ und suchte durch ein Sparsystem die Staatsausgaben zu vermindern. Als seine Einnahmen dennoch nicht genügten, dehnte er die Erhebung der „Schiffsgelder“, eines nur in Kriegszeiten von den Seestädten als Beitrag zur Verteidigung der Küste zu erhebenden Zolles, auch auf die Binnenstädte aus und erhob sie fortan dauernd. Das Volk leistete passiven Widerstand, der jedoch durch geistliches Vorgehen des Königs gebrochen wurde. Durch die Steuerprozesse, vor allem durch den des Oppositionsführers John Hampdon, wurde die Erbitterung immer größer. Außerdem fand sie neue Nahrung dadurch, daß der Erzbischof Laud auf das grausamste gegen die Puritaner, Independenten vorging. Aber dennoch fügte sich das Volk. Eine große Zahl Puritaner wanderte nach Nordamerika aus, aber zu gewaltsamem Widerstand kam es nicht.

Zur offenen Empörung kam es zuerst in Schottland. Auf Anraten seines Ministers Strafford, der Irland gemeinlich hatte, suchte Karl auch Schottland seiner Willkür zu unterwerfen. Er begann mit dem Versuch, die Hoch-

Kirche auch in dem puritanischen Schottland einzuführen. Hier stieß er aber auf unerwarteten Widerstand. Als 1637 in Edinburgh die neue Liturgie durchgeführt werden sollte, kam es zur Rebellion. Ein großer Volksbund, der „Covenant“ wurde begründet und allgemein beschworen. Da Karl den Empörern kein Heer entgegenstellen konnte, suchte er durch Unterhandlungen Zeit zu gewinnen.

Im Sommer 1639 kam es zu einem vorübergehenden Friedensschlusse, in dem Karl weitgehende Zugeständnisse machen mußte. Er hatte aber nicht die geringste Absicht, sie zu halten, und so mußte er darauf bedacht sein, ein starkes Heer zu sammeln. Dazu gehörte aber Geld, das er nicht hatte, und so sah er sich vor die Notwendigkeit gestellt, nach elfjähriger absoluter Regierung ein Parlament einzuberufen, das ihm die Mittel zur Verteidigung der Landesgrenzen — Schottland und England waren damals noch getrennte Reiche — bewilligen sollte. Das Parlament aber, das am 13. April 1640 zusammentrat, begann, anstatt die geforderten Summen zu bewilligen, die Steuererhebungen und politischen und religiösen Verfolgungen der letzten elf Jahre auf ihre Gerechtigkeit zu prüfen. Am 5. Mai löste Karl das Parlament wieder auf. Auf Straffords Rat versuchte er noch einmal, die erforderlichen Gelder zwangsweise einzutreiben. Es kam jedoch in London zu Tumulten; die Schotten überschritten im Einvernehmen mit den Führern der Opposition die Grenzen, und so blieb Karl nichts übrig, als abermals ein Parlament einzuberufen. Die Wahlen zu dem neuen Parlament fielen denkbar ungünstig für ihn aus.

Das Parlament, das im September 1640 zusammentrat, benutzte nun die schwierige Lage Karls, um seine Rechte festzusetzen. Der König mußte Zugeständnisse auf Zugeständnisse machen, er mußte zugeben, daß Strafford verhaftet, verurteilt und am 12. Mai 1641 hingerichtet wurde, daß Erzbischof Laud in den Tower geworfen wurde, daß man ihm das Recht der Parlamentsauflösung nahm, daß der kirchliche Staatsgerichtshof aufgehoben wurde. Als er endlich alles bewilligt hatte, folgte im August der Rückzug des schottischen Heeres. Karl ging nun nach Schottland und söhnte sich mit den Schotten aus, indem er ihnen alle Forderungen zugestand.

Inzwischen wurden die Beschlüsse des Parlaments revolutionär. Der König wurde als dem Parlament unterstehend erklärt, es verlangte die Erhebung der Hochkirche durch die presbyterianische. Als die Iren sich erhoben, verweigerte es Karl die Mittel zur Aufstellung eines Heeres, aus Besorgnis, er könne sich seiner zur Niederwerfung des inneren Widerstands bedienen. Der König versucht einen Staatsstreik, er bringt mit seiner Leibwache in das Parlamentsgebäude und versucht John Hampden, Pym, und einige andre Führer der Opposition festzunehmen. Die Betroffenen waren aber entflohen. Nunmehr stellte sich das Parlament unter den Schutz der Londoner Bürgerschaft, es kam zwischen den Anhängern des Königs und der Londoner Bevölkerung zu Straßenkämpfen, in denen zuerst die Bezeichnung „Rundköpfe“ für die Parlamentspartei und „Kavaliere“ für die Königl. gefallen sein soll. Karl fühlte sich in seiner Hauptstadt nicht mehr sicher, am 10. Januar 1642 verließ er London, um ein Heer zu sammeln.

Frühjahr und Sommer vergingen unter beiderseitigen Rüstungen. Das Parlamentsheer wurde befehligt von Graf Essex, unter seinem Kommando stand als Hauptmann einer Schwadron Reiter der Mann, der als Heerführer und Politiker von jetzt ab immer größere Bedeutung erlangt, Oliver Cromwell. Das Heer der „Kavaliere“ führte Ruprecht von der Pfalz. Im Herbst stießen die Heere aufeinander. Anfänglich siegten die geübten Truppen Karls über die Parlamentstruppen, aber nachdem Cromwell das Heer reorganisiert hatte, wurde Karl am 2. Juli 1644 bei Marston Moor entscheidend von Cromwell geschlagen.

Inzwischen war unter den Gegnern des Königs eine Spaltung in zwei Parteien eingetreten, in Presbyterianer und Independenten. Die ersteren vertraten die Idee einer Staatskirche nach Calvins Lehre mit vollständigem Ge-

wissenszwang, die letzteren forderten Toleranz und völlige Unabhängigkeit der kirchlichen Gemeinden. Die Presbyterianer hatten die oberen Schichten des Bürgertums auf ihrer Seite und besaßen die Mehrheit im Parlament, die Independenten rekrutierten sich aus den unteren Ständen und waren vor allem im Heer in überwiegender Stärke vorhanden, das immer mehr unter Cromwells Leitung kam. Das Parlament erkannte, das ihm das Heer gefährlich werde, es suchte daher den Krieg schnell zu enden und unterhandelte mit dem König. Indessen brachte Cromwell durch einen geschickten Schachzug das Heer ganz in seine Hände und schlug am 14. Juli 1645 das königliche Heer vollständig bei Naseby. Karl floh zu den Schotten, die ihn jedoch gegen eine hohe Summe an das Parlament auslieferten.

Das Parlament suchte sich nun des Heeres zu entledigen, das teils aufgelöst, teils nach Irland, das wieder aufständisch war, geführt werden sollte. Das Heer jedoch, in dem die radikalen Elemente mit ihren Forderungen — Abschaffung des Königtums und jedes religiösen Zwangs — immer mehr die Oberhand gewannen, protestierte dagegen. Es bemächtigte sich des Königs und zog in London ein. Um die Forderungen des Heeres verwirklichen zu können, ließ Cromwell das Parlament von der presbyterianischen Mehrheit reinigen. In dem verbleibenden „Rumpparlament“ wurde der Antrag eingebracht, dem König den Prozeß zu machen, aber das Oberhaus, das sich bisher dem Willen des Unterhauses gefügt hatte, widersprach. Darauf beschloß das Unterhaus die Auflösung des Oberhauses; am 4. Januar 1649 wurde ein Gerichtshof eingesetzt, der Karl zum Tode verurteilte. Am 30. Januar 1649 wurde er enthauptet.

Der Versuch, den Absolutismus in England einzuführen, war vollständig gescheitert. Am 6. Februar wurde das Königtum für abgeschafft erklärt, England war „ein Gemeinwesen ohne König“, eine Republik. An der Spitze des Staates stand das Parlament und ein Exekutivkomitee von 41 vom Parlament auf ein Jahr gewählten Räten.

Die englische Revolution endete mit dem vollständigen Siege des Bürgertums. Aber schon trat innerhalb dieser Klasse der Gegensatz zwischen den oberen und unteren Schichten immer schärfer hervor, der als Gegensatz zwischen Heer und Parlament in die Erscheinung trat. Und trotz der Geschlossenheit nach außen hin verblutete die englische Republik an diesem inneren Gegensatz und fiel nach kaum zwölfjähriger Dauer dem von Frankreich und Schottland her vorrückenden Königtum zum Opfer. C.

Schwingungen des Trommelfells.

Alle von uns wahrgenommenen Töne entstehen bekanntlich durch Schwingungen. Das tönende Instrument wird in regelmäßige Schwingungen versetzt, die sich der umgebenden Luft mitteilen, die Luftschwingungen geraten bis an das im Ohr gespannte Trommelfell und setzen auch dies in wellenförmige Bewegungen, die schließlich in unserm Bewußtsein die Empfindung der gehörten Töne entstehen lassen. Daß die tönenden Instrumente selbst sich in Schwingungen befinden, kann man sehr leicht an gespannten Violinsaiten wahrnehmen; wenn diese kräftig aus der Ruhelage abgelenkt werden, sieht man an ihrer Stelle einen in der Mitte sehr verbreiteten Körper, der nach beiden Enden zu allmählich schmaler wird. Die Grenzen dieses Körpers bezeichnen die Stellen, bis zu denen die schwingende Saite sich ausdehnt, die Schwingungen selbst gehen zu schnell vor sich, als daß unser Auge sie unterscheiden könnte, wir behalten nur den Eindruck des von der schwingenden Saite während der Schwingungen eingenommenen Raumes.

Da wir die einzelnen Saitenschwingungen selbst nicht von einander zu unterscheiden vermögen, können wir um so weniger Einzelheiten der Schwingungen unmittelbar durch das Auge wahrnehmen; wir haben aber doch Methoden, diese Einzelheiten zu studieren. Wir bringen z. B. an dem tönenden Instrument, also etwa an einer Violinsaiten oder an einer Stimmgabel einen kleinen Spiegel an, auf den ein kräftiger Lichtstrahl fällt, während der Raum, in dem der Versuch unternommen wird, im übrigen dunkel ist. Der von dem kleinen Spiegel reflektierte Lichtstrahl wird auf einen größeren Spiegel geworfen, der die

äußere Fläche eines um seine Achse drehbaren und während des Experiments auch wirklich gedrehten Kreiszyllinders darstellt. Mit der schwingenden Saite oder der Stimmgabel schwingt auch der daran befestigte kleine Spiegel, der Lichtstrahl wird stets in anderer Richtung zurückgeworfen, trifft also auch den Drehspeigel stets an anderen Stellen und entwirft auf ihm eine Lichtkurve, an der man genau studieren kann, wie sich die Schwingungen der tönenden Instrumente verschiedenartig gestalten, je nachdem dieser oder jener Ton oder zu gleicher Zeit mehrere Töne hervorgebracht werden.

In neuerer Zeit hat man außer unsern natürlichen Ohren gleichsam künstliche erfunden, die noch den Vorteil vor den natürlichen haben, daß sie die einmal auf sie gelangten Töne dauernd festhalten. Es sind die Phonographen und Grammophone. An ihnen kann man nun ganz deutlich erkennen, daß es sich bei den Tönen um Schwingungen handelt. Wenn man nämlich die Walze eines Phonographen oder die Platte eines Grammophons betrachtet, findet man auf ihr eigentümliche wellenförmige Figuren eingezeichnet. Das sind die Spuren des Grabstichels, der über Walze oder Platte geführt wurde, während die Töne, die der Phonograph oder das Grammophon wiedergeben soll, hervorgebracht wurden. Wenn man diese eingezeichneten Wellen mit der Lupe betrachtet, bemerkt man, daß sich die aufeinander folgenden Wellenteile wesentlich von einander unterscheiden: jedes einzelne Wellenstückchen weist besondere Zacken und Häkchen auf, und eben sie geben das Charakteristische jedes einzelnen gesprochenen Lautes oder gesungenen oder gespielten Tones wieder.

Während man es also auf diese Weise erreicht hatte, die Schwingungen des Töne gebenden Apparates deutlich zu machen und ebenso die Schwingungen des Töne empfangenden, falls es sich um einen Phonographen oder um ein Grammophon handelt, war es bisher unmöglich, die Wirkung auf das wichtigste Töne empfangende Organ zu zeigen: die Wirkung auf das menschliche Ohr. Jetzt ist auch dieser Versuch mit überraschend günstigem Erfolge durchgeführt worden. Die Ohrenärzte sind imstande, mit ihren Apparaten bis zum Trommelfell hineinzusehen. Mittels jener Instrumente wurde nun auf einem Trommelfell, während man es genau beobachtete, ein kleiner Spiegel von nur wenigen Millimeter Größe angebracht. Auf ihn ließ man dann, während in der Nähe ein Ton hervorgebracht wurde, einen Lichtstrahl fallen. Damit dieser ganz schmal ist, die Veränderungen an seiner Richtung also nicht durch das Zusammenwirken seiner einzelnen schmalen Streifen unbedeutlich gemacht werden, wurde er durch seine Röhre und Spalten gelenkt, die in unbedeutlichen Platten angebracht waren, und damit der Lichtstrahl auch ganz genau die gewünschte Richtung innehalte und wirklich den kleinen Spiegel am Trommelfell traf, ging er vorher durch eine Glaslinse, die ihn scharf und deutlich in die gewünschte Richtung brachte. Der von dem kleinen Spiegel zurückgeworfene Lichtstrahl gelangte auf eine photographische Platte, die mittels eines Uhrwerks langsam und gleichmäßig längs des Ohres vorbeibewegt wurde. Auf dieser photographischen Platte bildeten sich die Schwingungen des Lichtstrahls, also auch die des Trommelfells genau ab, und auf der sorgfältig entwickelten Platte sieht man nun deutlich, was für Schwingungen unser Trommelfell ausführt, wenn der Vokal a gesungen wird, welche Schwingungen entstehen, wenn man den Vokal o singt, wie die Schwingungen sich gestalten, wenn die verschiedenen Vokale mit tiefer Stimme gesungen werden, welche Figur sie annehmen, wenn man den Vokal mit hoher Stimme singt usw. Man erhielt auch für die verschiedenen Töne einer Trompete verschiedene Trommelfellschwingungen, ebenso für die Töne einer Posaune andre Schwingungen, und so fort. Allerdings sind alle diese Schwingungen so fein, daß die ursprünglichen Photogramme zum Zweck genauerer Betrachtung vergrößert werden mußten.

Das im Ohr auf dem Trommelfell ruhende Spiegelchen beiläufige die Versuchsperson durchaus nicht, es konnte mehrere Wochen an seinem Orte belassen werden. Besondere Vorsichtsmaßregeln mußten freilich getroffen werden, damit der kleine Spiegel den Lichtstrahl auch wirklich nach außen gelangen ließ. Denn da der Gehörgang des Ohres ein wenig schief nach innen geht, würde ein unmittelbar auf das Trommelfell geklebter Spiegel das Licht nicht nach außen, sondern auf die Wand des Gehörganges werfen. Um das zu vermeiden, mußte an der Rückwand des Spiegels eine kleine Stütze aus Aluminium angebracht werden, so daß der Spiegel selbst ein wenig geneigt auf dem Trommelfell ruht; in dieser Lage wirft er den Lichtstrahl in der notwendigen Weise nach außen. Ferner mußte man, damit man die Bewegungen des Trommelfells ungestört und durch Bewegungen des Kopfes unbehindert erhielt, auch die kleinsten Bewegungen des Kopfes vermeiden. Dies wurde erreicht, daß man das Kinn auf eine Unterlage mit passendem Ausschnitt legte und den Kopf in dieser Lage durch feste Stirnbinden fixierte. Hierdurch

war eine so genaue Anordnung der ganzen Einrichtung erreicht, daß man sogar zu dem Experiment übergeben konnte, die Versuchsperson selber bestimmte Töne singen zu lassen, um zu sehen, ob sich auch die durch sie veranlaßten Schwingungen des eigenen Trommelfells photographieren ließen, und dieser Versuch gelang in der Tat! Man kann also jetzt die Schwingungen des menschlichen Trommelfells mit den Figuren auf der Phonographenwalze vergleichen und sehen, ob dieselben Töne hier und dort die gleichen Schwingungsformen hervorrufen.

Reformen in China.

China, das Land des Japfes, gilt allgemein und vielfach noch jetzt, als das große Reich der unerschütterlichen Stabilität und Stagnation, wo heute und morgen nicht von dem gestern abweicht und die geringsten Reformen keinen Eingang finden. Aber schon vor sechzig Jahren hat Karl Marx geschrieben: „Wenn unsre europäischen Reaktionen auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, an den Pforten, die zum Ort der Urreaktion und des Urkonservatismus führen, wer weiß, ob sie nicht darauf die Inschrift lesen: „Republique Chinoise (Chinesische Republik): Liberté, Egalité, Fraternité!“

In jüngster Zeit ist nun auch im 400-Millionen-Reich „der Mitte“ ein Geist der Revolution und der Reformen eingezogen, und zwar scheinen die letzteren eine Wirkung der ersten, Konzeptionen an die Aufständischen, zu sein. Schon seit einiger Zeit verlautet, daß China bald eine Reichsverfassung erhalten wird, und bereits haben in sämtlichen 18 Provinzen Provinziallandtage getagt. Ob nicht das Reich noch vor Preußen das allgemeine und gleiche Wahlrecht erhalten wird?! Das Beamtenwesen ist zum Teil neuorganisiert nach dem Grundsatz, daß die Befähigung zu einem Amt durch ein Examen nachzuweisen ist und jeder Beamte ein festes Gehalt bezieht. Dazu kamen Reformen des höheren Schulwesens, des Salzmonopols, der Polizei, Vermehrung der Postanstalten, Ausgestaltung des Telegraphennetzes, energische Maßnahmen zur Unterdrückung der Räuberbanden, auch Reformen des Heerwesens und sonst noch mancherlei Verbesserungen.

Nach dem Reformplan der Regierung soll in diesem Herbst der „Reichsausschuß“, eine Art Herrenhaus, zusammentreten. Aber in Presse und Versammlungen wird ein richtiges Parlament verlangt. Eine über das ganze Reich verzweigte „Liga der Einmütigkeit“ wurde geschaffen, die ihren ständigen Ausschuß in Peking zur Beschleunigung der Eröffnung des Reichstages ernannt hat.

Mit den Aufständen hängt das Aufkommen und Eindringen des Kapitalismus zusammen, der auch vor der chinesischen Mauer nicht Halt macht. Die im ganzen Lande herrschende Not hat in einzelnen Provinzen zu einer furchtbaren Hungernot geführt, so namentlich in der Provinz Hunan, wo der Aufruhr zur Absetzung des Gouverneurs und sonstigen Zugeständnissen an die Aufständischen führte. Solche Hungerrevolten kamen in China zwar von jeher zeitweise vor. Besseres aber wurde die Not des Volkes durch die Entstehung kapitalistischer Zentren, die durch ihre Kaufkraft die Reiskörner aus den notleidenden Gegenden an sich zogen, um sie zu Wucherpreisen auszuführen. Wozu noch die vom Kapitalismus geschaffenen modernen Transportmittel kamen, besonders die Dampfer auf den Flüssen, die den Reis rasch und in großen Mengen wegführten. Zwar hatte die Regierung ein Ausfuhrverbot erlassen, in ihren Speichern wurden große Reismengen angeammelt, aber von den hohen Mandarinen wurden solche nach den reicheren Provinzen sowie nach Japan verschifft. Das hungernde Volk mußte mit ansehen, wie die Nahrung ihm vom Munde weg aus dem Lande gebracht wurde!

Als neueste reformerische Großtat, welche im Mai kommenden Jahres in Kraft treten soll, wird von einem chinesischen Korrespondenten die Münzreform gefeiert. Sie beruht auf der Silberwährung und ist auf dem Dezimalsystem aufgebaut. Als grundlegende Einheitsmenge gilt der chinesische Dollar mit dem Drachensymbol. Als silberne Scheidemünzen werden geprägt 50 Cent (= ½ Dollar), 25 Cent und 10 Cent. Die einzige Nickelmünze hat einen Wert von 5 Cent. Dazu kommen Kupfermünzen zu 2, 1, 0,5, und 0,1 Cent. 1 Dollar, gleich 100 Cent oder 1000 Käsch, besteht aus etwas mehr als ¾ reinem Silber und hat ungefähr den Wert eines holländischen Gulden (gleich 1,687 deutsche Reichsmark). Der Dollar soll in unbeschränkter Zahl in Verkehr gebracht werden. Dagegen soll niemand verpflichtet sein, silberne Scheidemünzen im Werte von mehr als 5 Dollar, und Kupfermünzen im Betrage von mehr als ½ Dollar in Zahlung zu nehmen. Nur die Filialen der Reichsbank

Wir konnten dem Blatt den Gefallen nicht tun; die Ver-
sammlung ließ sich nicht mehr verlegen. Und der Sedantag
fiel ja auch auf den 2. September.

Schlüter schilderte dann ausführlich das Verhalten nament-
lich der Zentrumspartei und der christlichen Arbeiterabgeord-
neten, die allein die Schuld trügen, daß der sozialdemokratische
Antrag auf genügende Entschädigung der durch die Tabaksteuer
arbeitslos werdenden Tabakarbeiter abgelehnt worden sei. Der
Abg. Giesbertz habe es sogar fertiggebracht, seinen erst an-
genommenen Antrag auf Entschädigung in Höhe von mindestens
¼ des entgangenen Verdienstes selbst abzuschwächen, indem er
in dritter Lesung noch beantragte, für die gesamte Unterstützung
nur 4 Millionen auszuwerfen. Und der Abg. Erzberger erklärte,
das hätte das Zentrum deshalb getan, um die Finanzreform
mit der Tabaksteuer zu retten. Das sei sehr bezeichnend.

Und nun sei vom 16. Juli ab die Kürzung der Unter-
stützungssätze und vom 3. Dezember ab die völlige Entziehung
der Unterstützung vom Reichsschatzamt verfügt worden. Von
da ab könnten die Tabakarbeiter, die noch keine Arbeit hätten,
sehen, wie sie ihr Leben fristen. Der Reichsschatzsekretär habe
auf die Forderungen der Organisationen in einer Konferenz
der Vorstände den Christlichen gesagt, was sie überhaupt wollten.
Ihre Abgeordneten im Reichstage hätten doch selbst beantragt,
daß die Unterstützung nur 4 Millionen Mark betragen solle.
Das sei die amtliche Dichtung für den Arbeiterverrat der Zen-
trumsabgeordneten und der Christlichsozialen.

Nedner verwies auf die als Broschüre erschienene Rede des
Pastors v. Vobelschwingen, früher in Dünne bei Wünde (West-
falen), worin dieser feststellte, daß ein Tabakarbeiter allein eine
Familie nicht ernähren könne, sondern daß Frau und Kinder
mitarbeiten müßten. Und jetzt solle jegliche Unterstützung auf-
hören und die durch die Steuer getroffenen Arbeiter fielen der
Wohltätigkeit anheim, denn schwere andere Arbeiten zu ver-
richten seien Tabakarbeiter nicht imstande. Das sei eines christ-
lichen Staates unwürdig.

In der bürgerlichen Presse der verschiedensten Richtungen
selen die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen verachtet und offen
der Faulheit geziehen worden, seitdem die Unterstützungen ge-
zahlt wurden. Die Tabakarbeitergesellschaft protestiert gegen diese
Verleumdungen. Dann fordert noch die schärfste Kritik heraus
die unfreundliche Behandlung, die das Hauptzollamt Lemgo den
Unterstützungsbesitzern von Anfang an zuteil werden ließ, wäh-
rend gegen das Hauptzollamt Minden solche Beschwerden nicht
vorliegen. In Sachen der Ablehnung der Unterstützung für die
arbeitslosen Tabakarbeiter, die sich 1909 an einem Streik be-
teiligt hätten, der über 50 Tage dauerte, sei Untersuchung zu-
gesagt. Hoffentlich komme dabei etwas heraus.

Nach dem Geschichtsbuch bleibt uns, so schloß der Nedner,
nichts weiter mehr übrig, als uns an den Reichstag mit einer
Petition zu wenden. Die sozialdemokratische Fraktion wird diese,
davon bin ich überzeugt, ganz vertreten, und von den Abgeord-
neten, die früher eine wohlwollende Stellung den Tabakarbeitern
gegenüber eingenommen haben, erwarten wir daselbe. Vor
allem aber muß jeder Tabakarbeiter und jede Arbeiterin dem
Tabakarbeiterverbande beitreten. Durch eine geschlossene Or-
ganisation werden wir unsere Lage verbessern. Die Macht der
Arbeiter beruht in der Stärke der gewerkschaftlichen und poli-
tischen Organisation.

Die Kommission schlägt Ihnen vor, folgende Petition an
den Reichstag zu richten:

An den hohen Reichstag

Berlin.

Im Auftrage der Tabakarbeiter von Lippe und Waldeck,
welche am 4. September 1910 in Barntrup in einer Stärke
von 250 Personen versammelt waren, unterbreiten die Unter-
zeichneten dem hohen Reichstag folgende Petition:

Am 16. Juli d. J. sind neue Bestimmungen des Bundes-
rats und Reichsschatzamts in Kraft getreten, durch welche
Höhe und Dauer der Unterstützung für die durch die Tabak-
steuererhöhung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter herab-
gesetzt werden. Der hohe Reichstag hat durch den Artikel
IIa des Tabaksteuergesetzes eine Unterstützungsperiode von
2 Jahren und die Höhe der Unterstützung auf ¼ des entgan-
genen Arbeitsverdienstes festgesetzt. Die Unterzeichneten bitten
den hohen Reichstag, die mit dem Wortlaut und dem Geist des
Artikels IIa in Widerspruch stehende Verfügung aufzuheben
und den Tabakarbeitern die durch Artikel IIa gewährte
leistungsfähige Unterstützung auszahlen, die zu wenig gezahlte Unter-
stützung aber nachzahlen zu lassen.

Das Hauptzollamt in Lemgo hat Tabakarbeitern,
welche sich im Jahre 1908 an einem Streik beteiligt haben,
die Unterstützung vorenthalten, weil der Streik länger wie
50 Tage gedauert hat. Diese Handlung entspricht nicht dem
Artikel IIa des Tabaksteuergesetzes. Wir bitten, auch in die-
sem Falle die Nachzahlung der Unterstützung zu beschließen.
Barntrup, 4. September 1910.

Ferner wurde beschloffen, diese Petition an den Lippschen
Landtag und an den waldeckischen Landtag zu senden. Die
beiden Landtage sollen ersucht werden, ihre Vertreter im Bun-
desrat zu beauftragen, im Sinne dieser Petition zu wirken.
Ferner sollen die Landtage, wenn das Reich die arbeitslosen
Tabakarbeiter im Stiche läßt, sich dieser durch Bereitstellung von
Mitteln annehmen.

In der Diskussion ging Genosse Weddig-Kassel auf das
Verhalten der bürgerlichen Parteien näher ein. Der Verlauf
der Reichstagsverhandlungen habe zur Evidenz bewiesen, daß
die Arbeiterinteressen nur durch die sozialdemokratische Fraktion
vertreten wurden. Deshalb müßten auch die Tabakarbeiter sich
politisch betätigen, sich auch politisch organisieren und eine sozial-
demokratische Zeitung halten. Nedner schilderte allgemein die
politische Lage. Es wird anders werden, wenn die Arbeiter ihre
Macht erkannt haben.

Genosse Schädlitz-Bielefeld wies ebenfalls hin auf die
Notwendigkeit, daß sich jeder gewerkschaftlich organisierte Ar-
beiter auch der sozialdemokratischen Organisation anschließen
müsse. Die gewerkschaftlich errungenen Vorteile für die Ar-
beiter würden durch indirekte Steuern wieder illusorisch gemacht.
Und Aufklärung könne dem Arbeiter nur eine sozialdemokra-
tische Zeitung, keine bürgerliche bringen. Arbeiter, die bürger-
liche Zeitungen halten, bekämpfen sich selbst. Die Arbeiter müssen
die politische Macht erringen.

Genosse Eggen-Detmold zerpflückte noch einmal die
Notiz der Lippschen Landeszeitung und kritisierte das Ver-
halten der bürgerlichen Presse. Die Erhöhung der Zivilliste des
Kaisers beweise, für was Geld übrig sei. Sinein in die gewerk-
schaftliche und politische Organisation.

Genosse Schlüter faßte in seinem Schlußwort noch ein-
mal die gegebenen Anregungen zusammen und ersuchte, diese
zu beherzigen.

Die Petition wurde einstimmig beschlossen.
Nach einem anfeuern des Schlußwort des Vorsitzenden und
mit der Aufforderung zum Beitritt in die politischen und gewerk-
schaftlichen Organisationen fand die anregend verlaufene
Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Tabakarbeiter-
verband ¼8 Uhr ihr Ende.

Achtung, Zigarettenarbeiter!

Ständig werden nach Westfalen, hauptsächlich nach den
beiden Städten Dortmund und Hagen Zigarettenarbeiter ge-
sucht, trotzdem in Dortmund noch einige Arbeitslose sind.
Hauptsächlich sind es Dresdner Kolleginnen, welche nach hier
kommen. Bald sehen sie aber ein, daß ihr eingegangenes Arbeits-
verhältnis und die Behandlung schlecht ist. Die Zustände in
Hagen und Dortmund haben nun dazu beigetragen, daß die
Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen sich mit wenigen Aus-

nahmen im Deutschen Tabakarbeiterverband organisiert haben.
Da nun die Arbeits- und Lohnverhältnisse tariflich geregelt
werden sollen, so werden die Kollegen und Kolleginnen ersucht,
bevor sie in Westfalen oder Lippe in Arbeit treten, sich bei der
Gaulitung des 5. Gaues in Bielefeld zu erkundigen.
Die Gaulitung des 5. Gaues.

Achtung, Tabakarbeiter!

Am Sonntag, 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet in
Bünde im Stadtpark eine
Versammlung der Tabakarbeiter und Tabakinteressenten
des Kreises Herford

statt. Die Versammlung wird eine Petition an den Deutschen
Reichstag beschließen, in welcher der Reichstag ersucht wird, zu
veranlassen, daß die Staatsunterstützung, wie es im Gesetz vor-
gesehen ist, auf die Dauer von zwei Jahren, und die zu wenig
gezahlte Unterstützung nachgezahlt wird.

Die Petition wird vom Handelskammer Syndikus Hindenberg-
Minden und vom Gaulleiter Schlüter begründet. Die Reichs-
tagsabgeordneten unseres Bezirks werden zu dieser Versammlung
eingeladen. Die Zahlstellen des Deutschen Tabakarbeiterverban-
des werden ersucht, sich mit der Versammlung zu befassen und
für einen guten Besuch zu sorgen.

Berichte.

Klein-Krohenburg. In Nr. 35 der Deutschen Tabakarbeiter-
zeitung erläßt der christliche Sekretär Bal. Eichenlaub aus Karls-
ruhe eine Erklärung, in der er feststellt, daß er seit der Heraus-
gabe der endgültigen Ausführungsbestimmungen auf keinem
Bezirksamte, also auch nicht auf dem Bezirksamt Offen-
burg gewesen sei. Dieses letztere dürfte wohl keiner der Klein-
Krohenburger „Genossen“ behauptet haben, da ja in Baden in
der Unterstützungsfrage nicht die Bezirksämter, sondern
die Finanzämter zuständig sind. Nun ist es doch Tatsache,
daß ein höherer Verwaltungsbeamter des Finanzamtes Offen-
burg gegenüber unserm Gaulleiter Heising erklärte, daß ein jun-
ger Herr aus Karlsruhe, der sich in ähnlicher Stellung befinde
wie Heising, die Ansicht vertreten habe, die Arbeitslosigkeit im
Tabakgewerbe sei behoben. Nun bleibt noch die Frage offen:
Wer ist dieser junge Herr aus Karlsruhe in ähnlicher Stellung,
der obige Auffassung vor dem Finanzamte Offenburg ver-
treten hat?

Ramisch. Die Folgen der Tabaksteuer gingen auch bei den
Tabakarbeitern in Ramisch nicht spurlos vorüber. In einem
Betrieb mußten die Arbeiter dreimal aussetzen, während in
einem andern die Arbeitszeit äußerst beschränkt wurde. Da jetzt
der Geschäftsgang sich wieder etwas gehoben hatte, so wurden in
verschiedenen Betriebsversammlungen diese Zustände besprochen
und die Gaulitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wurde
beauftragt, Lohnforderungen wieder herbeizuführen. Vor eini-
gen Tagen fanden nun Verhandlungen mit dem Gaulleiter Cle-
ment-Breslau und den einzelnen Arbeitgeber statt. Es gelang
bei diesen Verhandlungen mit der Firma Michalek auf 11 Sorten
45 Pfg., auf 18 Sorten 50 Pfg., auf 11 Sorten 70 Pfg. und
auf 8 Sorten 95 Pfg. pro Mille an Lohnerhöhung zu erreichen.
Bei der Firma Siegfried über erzielten die Arbeiter auf 11 Sorten
50 Pfg. Lohnerhöhung. Die Ristenmacherin erhielt eine Lohn-
erhöhung von 50 Pfg. und die Deckblattaufseher 25 bis 50 Pfg.
pro Woche. Die Firma Hugo über bewilligt auf 8 Sorten 50 Pfg.
und auf 9 Sorten 1.75 Mark pro Mille. Die Firma Masur be-
willigte für Hausarbeiter auf alle Sorten 50 Pfg. und für Fa-
bricarbeiter auf 2 Sorten 25 Pfg. und auf 5 Sorten 50 Pfg. pro
Mille. Die Lohnerhöhung beträgt bei geringen Sorten 10 Pro-
zent, bei besseren Sorten 15 Prozent sowie Verkürzung der Ar-
beitszeit um eine halbe Stunde täglich. Ferner wurde in zwei
Betrieben eine weitere Lohnaufbesserung für 1. Januar 1911
bewilligt. Die bei den genannten Firmen beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen gehören mit ganz geringen Ausnahmen dem
Deutschen Tabakarbeiterverbande an. Daraus ist wieder zu
ersehen, was eine gute Organisation imstande ist, zu leisten.
Daraus sollte es auch dem letzten Tabakarbeiter zum Bewußtsein
kommen, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, einer Organi-
sation anzugehören und daß für alle in der Tabakindustrie
beschäftigten Arbeiter der Deutsche Tabakarbeiterverband.
Ferner ist zu bemerken, daß die Unterhandlungen mit dem Gaulleiter
bei allen Firmen in sachlicher Weise vor sich gingen, bis auf die
Firma Alfred Masur. Der genannte Herr will durchaus nicht
unsere Organisation anerkennen; gestützt auf seinem Arbeit-
geberverband, dem er als Mitglied angehört, erschwerte er die
Verhandlung. Auch der Meister Paul Klant nahm eine traurige
Rolle ein; er stellte die miserablen Löhne als gerechte hin. Dieser
Meister Klant war vor einigen Jahren Streikleiter in Böbau,
da wußte er, daß mit schlechten Löhnen nicht durchzukommen ist.
Die Arbeiter mögen sich beim Meister Klant bedanken, daß nicht
mehr erreicht wurde. Die richtige Antwort muß sein: Sinein
in den Deutschen Tabakarbeiterverband!

Neilingen (Baden). Vorige Woche konnten wir berichten,
daß die Lohnbewegung bei den Firmen A. Böniger und Gebrüder
Maier beendet seien und Lohnzulagen von 30 Pfg. bis 1 Mk. er-
folgt seien. Wir können nun wieder von drei Firmen berichten,
bei denen die Lohnbewegung beendet ist, und zwar mit Erfolg
für die Arbeiter. Bei der Firma Rahn u. Marx (St. Mann-
heim), bei der 62 Arbeiter beschäftigt sind, wurden Lohnerhöhun-
gen von 40 Pfg. bis 1 Mk. pro Mille erzielt. Die Firma J.
M. Benzinger (St. Mannheim) machte Zulagen von 30 Pfg.
bis 1 Mk. pro Mille. Bei dieser Firma sind 101 Beschäftigte.
Bei der Firma J. Hottenheimer u. Söhne wurden Lohnzulagen
von 10—50 Pfg. pro Mille erreicht.

Uereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II
(Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telephon Nr. 6046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau
des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulen-
straße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-
Weland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus),
Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilten,
Altona-Dittensen, Scheel-Pfeckenstraße 1, I., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikkarte betreffs Arbeits-
losigkeit für die Woche vom 12. bis 17. September d. J. muß
von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder
vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den
20. September, eingesandt werden.

Als verloren wurde gemeldet:
Die Mitgliedskarte, lautend auf Heiner Meier aus Friedrikop,
geb. 1862, aufgen. am 10. 7. 10. Die Karte enthält 3 Beiträge
der Kl. III, à 45 Pfg.

Ohne Abmeldung abgereist:
Von Eternförde der Zigarrenmacher Max Nibel aus
Berlin, geb. am 29. 9. 83, aufgen. am 31. 7. 10. Derselbe muß
1 Mk. Strafe zahlen.

Abrechnungen für das 2. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 6. bis 12. September bei uns ein:
Vom 1. Gau: Grevesmühlen; 5. Gau: Werste, Stift-
Duernheim.
Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstände sind ernannt:

Für Preussisch-Krumbach: Philipp Grieger als Kontrolleur.
Für Jauer: Richard Hoffmann als 3. Bev.; Heinrich Kauf,
Otto Schneider als Kontrolleure.
Für Radersberg i. Württemberg: Christian Schaffhauer
als 1. Bev., Otto Müller als 2. Bev., Karl Lenig als 3. Bev.;
Aug. Schaal, Karl Schmid als Kontrolleure.
Für Langermünde: Hermann Krafft als 2. Bev.

Vom 6. bis 12. September 1910 sind folgende Gelder bei
mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:			
31. August.	M	3. September.	M
Erfurt		Schwerin a. W.	100.—
durch D. Wiesen	10.—	7. Goldberg	150.—
5. September.		7. Nordhausen	800.—
Kußloch	60.—	7. Döbeln	200.—
5. Breslau	500.—	8. Offenbach	100.—
5. Burg b. Magdeburg	50.—	8. Ramitz	200.—
5. Werste i. W.	35.—	8. Gießen	50.—
5. Frankenberg i. S.	700.—	9. Burgdamm	200.—
5. Dröy a. Rh.	100.—	10. Oldendorf i. Pr.	20.—
6. Bischofsberda	150.—	10. Schiffbed	100.—
6. Hadersleben	100.—	11. Stegitz	150.—

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei
dem Unterzeichneten anbringen.
Bremen, den 12. September 1910.
W. Nieder-Weland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)
In Chemnitz: Montag, den 19. September, abends 8 ½ Uhr,
in der Plauenischen Bierhalle, Painsstraße. Fortsetzung der letzten
Versammlung. — Kein männliches Mitglied darf fehlen.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Bielefeld: Sonntag, den 25. September, nachmittags
3 Uhr, bei Hannemann, Weberstraße 5. Die Tagesordnung
wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Zahlreiches Er-
scheinen ist erwünscht.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Herringhausen: Sonntag, den 25. September, an be-
kannter Stelle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung
bekanntgegeben.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Arbeitsnachweise.

- Die Bureaus befinden sich:
- Für den 1. Gau:
Altona-Dittensen: J. Henke, Schulstraße 9, I.
 - Für den 2. Gau:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
 - Für den 3. Gau:
Braunschweig: Wilhelm Hansen, Kuhstraße 5, part.
Sprechstunde: Wochentags von 10 bis 12 Uhr vormittags und
5 bis 8 Uhr nachmittags. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.
Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.
 - Für den 4. Gau:
Nordhausen: Verbandsbureau, Wolfstraße 14.
 - Für den 5. Gau:
Bielefeld: Albin Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.
 - Für den 6. Gau:
Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
 - Für den 7. Gau:
Gießen: Heinrich Günther, Löhnerstraße 26, II.
Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar.
Pfungstadt: Christian Stodt, Zieglerstraße 41.
Umfassend den Bezirk Rheinhessen und Provinz Starkenburg.
Hanau: Konrad Gräbener, Hornstraße 56.
Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirch-
hain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld
(Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken
und Altkreis Bayern.
 - Für den 8. Gau:
Heidelberg: Johs. Krohn, Bergheimer Straße 89.
 - Für den 9. Gau:
Stuttgart 13: Ad. Heising, Florianstraße 8, I.
 - Für den 10. Gau:
Erfurt: Reinhold Blankenburg, Romthurgasse 6, Str. 6.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und
7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.
 - Für den 11. Gau:
Dresden-A.: Franz Schmidt, Riggenbergstr. 2, II, Zimmer 23.
 - Für den 12. Gau:
Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I.
Jauer: Heinrich Tielich, Kassierer, Volkshainer Straße 19.
 - Für den 13. Gau:
Berlin: NO., Weinstraße 11.
Sprechstunde: 10 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr
nachmittags.
Alle Arbeitssuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Be-
zirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vor-
stehende Adressen wenden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Nielsenhorst, Mozartstraße 5, I.
Ausschub: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.
Schiedsgericht: S. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Berlin I 300.—, Zweibrücken 46.—, Langen-
bielau 50.—, Feudenheim 50.—, Minden 90.—, Hedemünden
80.—, Groß-Auheim 100.—, Dietesheim 100.—, Bremerhaven
50.—, Wittenberg 40.—, Leipzig 100.— Mk.
Sterbekasse: Ratibor 62.10, Deuben 5.50, Minden 10.—,
Hessisch-Oldendorf 16.40, Stegitz 22.—, Hedemünden 20.—,
Wandsbek 20.— Mk.
Zuschüsse: Ratibor 62.10, Hausberge 50.—, Sünneburg 40.—,
Mundenheim 50.—, Ralsch 30.—, Rödersheim 50.—, Meifen
30.—, Stegitz 22.—, Schorndorf 50.—, Ansbach 50.—, Klein-
Steinheim 100.—, Bremen 100.—, Sandhofen 80.— Mk.
Krankengeld: 40.— Mk.

Bilanz für das 2. Quartal 1910.
Kassenbestand am 31. März 194 108.07 Mk.
Einnahme 30 366.61 Mk.
Summa 224 474.68 Mk.
Ausgabe 29 405.88 Mk.
Kassenbestand am 30. Juni 195 068.80 Mk.
Hamburg, den 12. September 1910. J. Otto.

Täglich zweimaliger
Post- u. Bahnversand
daher
denkbar schnellste
Bedienung!

Heinrich Franck

Preise verzollt per 1/2 kg gegen
Kasse. — Barkäufe über 5 Mk.
mit 3% Skonto. — Verpackung
wird nicht berechnet. — Bei
Kassebezug von 50 Pfund
einer Sorte 2% Extrarabatt.

Gegründet 1879 * * * Berlin N. 54, Brunnenstrasse 185 * * * Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin Nr. 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

Grosses Angebot in Sumatra- Umblatt!!

Nur tadellos brennende
Qualitäts-Tabake,
zu meinen sämtlichen
Deck-Tabakes vorzüglich
passend!

- Nr. 1460. 3. Länge, Lochblatt,
wie Vollblatt, leicht Mk. **1.60**
- Nr. 1438. 3. Länge, Lochblatt,
riesig blattig, fein . Mk. **1.70**
- Nr. 1462. 3. Länge, Vollblatt,
gross, fest, kernig Mk. **1.80**
- Nr. 1559. 4. Länge, Vollblatt,
sehr breitblatt., zart,
hochfeine Qualität . Mk. **1.85**
- Nr. 1530. 2. Länge, Lochblatt,
blattig, fest, weich . Mk. **1.90**
- Nr. 1439. 4. Länge, Vollblatt,
kernig, blattig,
trocken Mk. **2.—**
- Nr. 1581. 4. Länge, Vollblatt,
Sandblatt, zart, un-
gemein ergiebig,
allerfeinste Qualität Mk. **2.—**

Durchweg leicht
auf der Hand, zartblattig
und doch fest, infolge-
dessen
ideal vorteilhaftes
Umblatt-Material.

Die vierten Längen sind
sämtlich mit Rippe zu ver-
arbeiten, daher
besonders ergiebig!

➔ Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Proben! ➔

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500 ♂
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 155, 180 ♂. Java- und Vorstenland-
Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320 ♂. Mexiko-Decker, enorm
bedächtig und zartblattig, allerfeinste Gewächse und schneeweiss im Brand,
300, 350, 400, 430 ♂. Mexiko-Umblatt 150 ♂. Java-Umblatt 130,
155, 160 ♂. Java-Umblatt und Einlage 95, 105, 110 ♂. St. Felix-
Brasil-Decker 190, 215 ♂, deckt mit 4 Pfund, brennt schneeweiss, egale
braune Farben. St. Felix-Brasil-Umblatt 160, 170 ♂. St. Felix-
Brasil-Umblatt und Einlage 120, 140, 150 ♂. Domingo-Umblatt
90, 95, 100, 110, 120 ♂. Carmen-Umblatt 100, 105, 110, 120 ♂. Seed-
leaf-Umblatt 110, 120 ♂. Portorico-Decker, brennt schneeweiss
130 ♂. Einlage 100 ♂. Havanna-Einlage 200, 250, 300 ♂. Yara-
Cuba 200, 220 ♂. Losgut aus nur überseeischen Originaltabaken, meist
Umblatt, 100, 105, 110 ♂.

Wickelformen (neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 ♂.
Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, be-
sonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 ♂. Gummi-
Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebkraft, per Pfund 250 ♂, bei Ab-
nahme von Postkollt à 9/10 Pfund netto à 240 ♂. Zigarrenband, feinste
gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160 ♂.

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Java-Sumatra linksheilig per Pfund 2.70 ♂
Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60 ♂
Diese Tabake brennen tadellos und
decken mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbusser Straße 4.

Gebrauchtes seidenes Band
ff. geplättet
10mal so billig wie neues
per Pfund 4.50 Mk.
la. per Pfund 5.— Mk.
daselbe unbedruckt 6.— Mk.
L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstrasse 24.

Brinkmeier & Co.
Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle
empfehlen als gut und preiswert.
Sumatra-Decker 180, 215, 220, 270, 300,
340, 425, 450 600 ♂.
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180 ♂.
Vorstenlanden-Decker 225, 280, 320 ♂.
Java-Decker 220, 250, 360 ♂.
Java-Einlage u. Umblatt 100, 105, 110,
125, 135, 150, 170, 180 ♂.
Brasil-Decker 200, 210, 225, 240 ♂, alles
vorzüglich weiss brennend.
Brasil-Einlage und Umblatt 130, 135,
150, 160, 170 ♂.
Carmen 100, 110, 125, 130, 150 ♂.
Domingo 100, 110, 115, 130 ♂, alles
trockene, saure Tabake.
Havanna-Einlage 170, 275 ♂.
Yara Cuba 190 ♂, hervorragende Qualität.
Seedleaf-Umblatt 145, 155 ♂, flotter, ge-
schlossener Brand.
Kentucky 130, 150, 160, 170 ♂.
Virginny-Umblatt und Deckblatt für
Desterreicher u. Brissago 150—180 ♂.
Losgut 95, 100 ♂, allerbeste Ware, sehr
preiswert, meist Umblatt.
Preise verstehen sich per Pfund ver-
zollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme.

Gummi Traganth
helle tadellose ergiebige Ware
per 1/2 Kilo 2.50 Mk.
stets am Lager bei
L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstrasse 24.

Man verlange unsere neuesten Modellbogen

L. Cohn & Co., Berlin N.

Brunnenstrasse 24

bieten bei

Neuanschaffungen

von

Wickelformen

eine riesenhafte Auswahl
bei den denkbar grössten Vorteilen.

Franko-Versand durch ganz Deutschland.

Wiederverkäufer höchsten Rabatt.

Ständiges Lager von über 30 000 neuen Wickelformen.
Ständiges Lager von über 10 000 gebr. Wickelformen.
Jedes Fasson stets am Lager.

Anerkannt erste-Weisschneidene Füsschiffchen gefertigt u. klassisch. Fabrikat

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl
hellfarb. Stückblatt 350, 400, 440 ♂,
hellfarb. Vollblatt à 300, 325, 350, 375,
425, 470, 475, 600 ♂
mattfarbiges Sandblatt à 325 u. 350 ♂
mittelfarbiges Vollblatt à 250, 260,
280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500 ♂
klein. Vollbl. à 180, 190, 200, 230 ♂ fahl
Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350 ♂
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 ♂
Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180 ♂
Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300 ♂
Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200 ♂
Brasil-Decke à 300, 350 ♂
Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 ♂
Havanna in Mel. à 300, 350, lose à 200 ♂
Losgut garant. überseeisch, kern-100 ♂
Uckermarkter la 100 ♂
Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kasse mit 3 Prozent Skonto.

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen,
gebrauchte viele moderne Fassons
soben wieder eingetroffen
Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 ♂,
mit Rad 19 ♂, ganz Eisen 26 ♂
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 ♂
Rollbretter 175, 200, Birchholz 300, 400 ♂
Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 ♂
Arbeitsmesser v. J. M. Penfels 20, 30, 35 ♂
Laok, 8 Stangen 25 und 30 ♂
Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 ♂, rot 25 ♂
Band, 50 Meter von 60 ♂ an
Ringe ff. nur 20, 25 ♂, mit Porzträt 45 ♂
Etiketten von 35 ♂ per 100 Stück an
Gummi Traganth à 175, 200 u. 250 ♂ p. Pf.
Amiac, engl., in Driglbüsch. z. Drigpreis.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen,
Rahmen, Siebe stets am Lager.
Preise per Kasse ohne Abzug.
Versand unter Nachnahme!

Licht ist Macht oder: Wie schütze ich mich vor
zu starkem Familienzuwachs?
Zu beziehen gegen Einsendung von 35 Pfg. in Briefmarken portofrei
durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Rohtabake
Besonders empfehlenswert
Nr. 6694
Sumatra
2. Länge Vollblatt
à Pfd. 2.50 ♂ verzollt.

Geschn. Java-Einlage
à Pfd. 1.20 ♂ verzollt.

Geschn. Brasil-Einlage
à Pfd. 1.20 ♂ verzollt
gute Qualität.

Sumatra-Umblatt
3. Länge Vollblatt
Nr. 6198 à Pfd. 1.60 ♂
verzollt.
Java-Umblätter von
1.25-1.80 ♂ p. Pfd. verz.

Fabrikations-Utensilien
Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen
do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen,
8, 16, 19 ♂, ganz aus Eisen 17.50 ♂
Arbeitstische, Schemel, aus bestem Holz, neu
und gebraucht, billigst
Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50 ♂ an
Arbeitsmesser in unerreichter Güte
Hamburger Messer per 10 Stück 2 ♂
la. Engl. sec. Amiac-Extrakt 2 1/2-Pfd.-Dose 4.75 ♂
Pa. Traganth 2, 2.50, 3 ♂ per 1/2 kg
Bündelmaschinen 75, 85 ♂, 1.25, 1.50 ♂ usw.
Presskästen zu 2 Bund 80 ♂, zu 4 Bund 1.25 ♂
Einschlagpapier, blau, per Pfund 17 ♂
Packlack per Pfund 25 ♂
Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60 ♂
Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35 ♂ per 100 Stück
Band, 50 Meter von 50 ♂ an
Etiketten per 100 Stück von 30 ♂ an
Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10 ♂ an
Man verlange Preisbuch 25.

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 Pfg.
Verzeichnisse umsonst.
Zu beziehen durch die Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.